LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 38. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz

am 2. September 2024

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

a) **Kranichnistplätze sichern - Moorflächen von beeinträchtigendem Bewuchs befreien**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/2702

b) **Klimaschutz durch Moorbodenschutz: Daten- und Wissenslücken jetzt schließen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2709

c) **Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen gestalten: Klima schützen - Wertschöpfung sichern - Akzeptanz bewahren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2710

d) **Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3658

Anhörung

- *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens* 4
- *Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e. V.* 7
- *Fachdienst Umwelt des Landkreises Osnabrück* 9
- *Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen e. V.* 14
- *NABU (Naturschutzbund Deutschland), Landesverband Niedersachsen e. V.* 25
- *Staatliche Moorverwaltung, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems* 29
- *Amt für regionale Landesentwicklung, Geschäftsstelle Sulingen* 32
- *Industrieverband Garten (IVG) e. V.* 36

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Marie Kollenrott (GRÜNE), Vorsitzende
2. Abg. Nico Bloem (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Marcus Bosse (SPD)
4. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
5. Abg. Gerd Hujahn (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Guido Pott (SPD)
7. Abg. Christoph Willeke (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Uwe Dorendorf (i. V. d. Abg. Laura Hopmann) (CDU)
9. Abg. Verena Kämmerling (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Axel Miesner (CDU)
11. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
12. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU)
13. Abg. Britta Kellermann (GRÜNE)
14. Abg. Marcel Queckemeyer (AfD)

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung (mit beratender Stimme gemäß § 94 Abs. 2 GO LT):

1. Abg. Omid Najafi (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse,
Redakteur Ramm, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.31 Uhr bis 13.05 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Kranichnistplätze sichern - Moorflächen von beeinträchtigendem Bewuchs befreien**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/2702

b) **Klimaschutz durch Moorbodenschutz: Daten- und Wissenslücken jetzt schließen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2709

c) **Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen gestalten: Klima schützen - Wertschöpfung sichern - Akzeptanz bewahren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2710

d) **Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3658

Zu a) erste Beratung: 25. Plenarsitzung am 09.11.2023
AfUEuK

Zu b) direkt überwiesen am 01.11.2023
federführend: AfUEuK;
mitberatend: AfELuV;
mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

Zu c) erste Beratung: 26. Plenarsitzung am 10.11.2023
federführend: AfUEuK;
mitberatend: AfWVBuD, AfELuV;
mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Zu d) erste Beratung: 36. Plenarsitzung am 15.03.2024
federführend: AfUEuK;
mitberatend: AfWVBuD; AfELuV; AfBuEuR;
mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Zu a) bis d) zuletzt beraten: 34. Sitzung am 27.05.2024

Anhörung

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 6

Anwesend:

- *Prof. Dr. Hubert Meyer (NLT), Hauptgeschäftsführer*
- *Dr. Lutz Mehlhorn (NLT)*
- *Dominik Jung (NSGB)*
- *Anna Elligsen (NST)*

Prof. **Dr. Hubert Meyer:** Die vier vorliegenden parlamentarischen Anträge unterstreichen den hohen Stellenwert der Moorentwicklung in Niedersachsen, den Sie in diesem Hohen Hause dem Thema beimessen. Wir betonen ebenfalls die große Bedeutung des Moorschutzes, insbesondere für den Klimaschutz.

Als Gemeinden, Städte und Landkreise bekommen wir aber auch die Sorgen der Menschen vor Ort hautnah mit, insbesondere von der Landwirtschaft. Die Landwirte können ihre Standorte nicht einfach aufgeben. Für sie sind die Fragen, die hier zu besprechen sind, durchaus existenziell.

Die bisherigen Ansätze, einschließlich der Potenzialstudie des MU, werden nach unserer Auffassung der Komplexität der Aufgabe noch nicht gerecht. Es geht um langfristige Entscheidungen, und daher bedarf es aus unserer Sicht eines strategischen Ansatzes, der über Wahlperiodengrenzen hinausreicht. Es muss gelingen, das Vertrauen der Menschen und der Betriebe vor Ort aufzubauen, und dafür ist ein abgestimmtes Verhalten in dieser Frage zwischen dem Bund und den Ländern, also auch dem Land Niedersachsen, notwendig.

Es geht um sehr viel Geld. Die Aufgaben erfordern einen langen Atem. Derzeit befinden wir uns noch in der Phase der Zielsetzung auf der Metaebene, während kommunal schon erfolgreich Projekte realisiert werden. Das eine muss konkreter werden, das andere muss sich in den Gesamtrahmen einfügen.

In unserer schriftlichen Stellungnahme haben wir fünf W als wesentlich benannt: Wer macht wann was wie und mit welchen Mitteln? - Nur, wenn wir diese fünf Fragen beantworten können, wird es gelingen, Vertrauen vor Ort zu gewinnen. Und nur so wird es auch gelingen, der Aufgabe insgesamt gerecht zu werden.

Wir bewerten es im Ansatz positiv, dass das Land Niedersachsen offenbar beabsichtigt, auf neue Organisationseinheiten zu verzichten. Wir müssen aber die bestehenden Strukturen ertüchtigen und zusammenführen.

Bezüglich der politischen Federführung können wir uns einen hochkarätig besetzten Arbeitskreis unter der Leitung des MU und des ML und unter Einbindung der Hauptakteure der Landwirtschaft, der Umweltverbände und natürlich der - Sie werden es uns nachsehen - kommunalen Spitzenverbände vorstellen.

Vorrangig muss es aus unserer Sicht um die Klärung der Aufgaben der Gemeinden und Landkreise gehen. Um welche Aufgaben sollen sich die Kommunen konkret kümmern? Mit welchen Mitteln sollen sie diese Aufgaben finanzieren? Anders als bei der Windenergie ist es aus unserer Sicht notwendig, dass die Zielsetzungen *nicht* auf die Kreis- und Gemeindeebene heruntergebrochen werden. Andererseits müssen die Akteure und der Sachverstand vor Ort auch auf der Landesebene zwingend eingebunden werden. Nur vor Ort hat man die gebietsspezifischen, die siedlungsspezifischen und die landwirtschaftsspezifischen Kenntnisse, die wir seitens des Landes in geeigneter Form bündeln und unterstützen sollten.

Wir regen an, noch einmal die Instrumente zu überprüfen, damit wir wissen, ob wir bei der Flächenverfügbarkeit hinreichend aufgestellt sind. Reichen beispielsweise die bestehenden Vorkaufsrechte? Ist ein vereinfachtes Flurneuordnungsverfahren notwendig, um den angestrebten Zielen gerecht zu werden?

Die Daten müssen aus unserer Sicht transparent und für alle verfügbar sein. In Diskussionen wird Photovoltaik in Mooren häufig als wirtschaftliche Alternative genannt. Wir glauben, dafür bedarf es auf der einen Seite weiterer Steuerung, und auf der anderen Seite müsste dieses Verfahren sehr schlank gestaltet werden.

Ein weiteres Stichwort, das in diesem Zusammenhang häufig fällt, sind die freiwilligen Kohlenstoffzertifikate. Hierfür regen wir zu prüfen an, ob eine Standardisierung und ein zentrales Handeln zielführend sind.

Meine Damen und Herren, wir haben es mit einer Generationenaufgabe zu tun. Die Klimakrise forciert den Prozess. Gelingen kann er aber nur, wenn die Menschen vor Ort mitgenommen werden. Dazu bedarf es langfristiger Planungssicherheit, finanzieller Ressourcen, deren Umfang der Aufgabe gerecht wird, und eines politisch begleiteten Prozesses für Strukturen, die Vertrauen schaffen.

Abg. **Axel Miesner** (CDU): Sie haben die wichtigen Punkte gut dargestellt. Es handelt sich um eine Generationenaufgabe, wir müssen Vertrauen gewinnen und alle mitnehmen. Bei uns im Landkreis Osterholz hängt die ganze Wertschöpfungskette, gerade in der Milchviehwirtschaft, daran. Uns ist dargelegt worden, dass die Wertschöpfung pro Hektar nur ein Sechstel, teilweise nur ein Zehntel vom jetzigen Wert betragen würde. Das hätte natürlich nicht nur enorme Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Landwirte, sondern auch auf die kommunalen Haushalte. In der Landespolitik müssen wir beim Thema Wiedervernässung immer die Einnahmesituation der Betroffenen im Blick haben, aber auch die der kommunalen Haushalte, über die das Gemeinwesen finanziert werden muss. Das wollte ich noch einmal deutlich hervorheben.

Prof. **Dr. Hubert Meyer:** Das ist in der Tat so. Natürlich hat eine Umstellung bei der Bodenbewirtschaftung in diesem Umfang erhebliche Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Das unterstreiche ich ausdrücklich. Für die betroffenen Betriebe ist diese Frage allerdings existenziell. Da geht es um sein oder nicht sein.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Sie sagten, es bräuchte vereinfachte Verfahren für die Flurneuordnung. Bitte konkretisieren Sie diesen Punkt.

Dr. Lutz Mehlhorn: Mit Herrn Stührmann haben Sie heute einen absoluten Profi für die Flurneuordnungsverfahren vor Ort. Schon jetzt werden vereinfachte Verfahren angewendet, die nach

unserer Beobachtung aber sehr, sehr lang dauern. Wenn die Zielsetzung der Regierung mit der Verringerung des CO_2-Ausstoßes ernst gemeint ist, sollte geprüft werden, ob diese langwierigen Verfahren verkürzt werden können. Die Zuständigen kennen jede Verästelung und sollten das noch einmal durchgehen. Ich glaube, hier gibt es noch Vereinfachungsmöglichkeiten.

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD): Ich bitte um eine Konkretisierung hinsichtlich der Kohlenstoffzertifikate. Welche möglichen Lösungsansätze sehen Sie auf Landesebene?

Dr. Lutz Mehlhorn: Hierfür gilt im Grunde das Gleiche wie für die Flurneuordnungsverfahren. Bisher bestehen noch viele Unterschiede und Unsicherheiten. Wenn ein solches System über CO_2-Zertifikate laufen soll, sind stärkere Leitplanken für ein Funktionieren notwendig. Das muss am Ende rechtssicher und einfach sowie verständlich sein.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Die aktuellen vereinfachten Verfahren zeigen, dass der Teufel häufig im Detail steckt. Auch Sie wissen das: Gerade die kleineren Wiedervernässungsprozesse sind problematisch. Hierfür muss massiv in die Vorflut eingegriffen werden, was aber die Unterlieger und die Unter-Unterlieger betrifft. Fasst man die Vorflut an, sind ganz schnell Grundstückbesitzer, deren Eigentum weit außerhalb der Zielflächen für die Moorwiedervernässung liegt, mit im Boot. Wie kann man das regeln?

Wie groß sollte ein solcher Arbeitskreis Ihrer Meinung nach sein? Nach meiner Erfahrung ist es besser, Dinge intern zu regeln. Je mehr Akteure in den Arbeitskreis aufgenommen werden, desto größer ist aber auch Diskussionsbedarf und desto länger braucht der Arbeitskreis für die Erarbeitung der Neugestaltungsgrundsätze.

Prof. **Dr. Hubert Meyer:** Ich bin weit davon entfernt, die Lösungen für die konkreten Probleme vor Ort parat zu haben. Ihre Schilderung der Auswirkungen des sensiblen Systems Wasserbewirtschaftung, die weit über die Moorflächen hinausgehen, ist richtig. Entsprechende Entscheidungen müssen immer im Einzelfall vor Ort getroffen werden. In der Tat ist es wichtig, um welche Größenordnungen es geht. Ich meine, es verbietet sich, das von der Landesebene aus zu steuern.

Unser Ansatz lautet, den von uns aufzusetzenden politischen Prozess möglichst koordiniert zu steuern bzw. zu begleiten. Gemäß dem oft bemühten Grundsatz des „Niedersächsischen Weges“ müssen sich die Hauptakteure einig sein, damit sie miteinander die gleichen Ziele verfolgen und im Blick haben, welche Schritte als Nächstes zu gehen sind. Es geht zum Beispiel auch um die Frage der vom Land bereitzustellenden Mittel. Die konkreten Abläufe vor Ort wird man von Hannover aus aber nicht steuern können.

Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 2

Anwesend:

- *Dr. Holger Hennies, Präsident*
- *Hartmut Schlepps, Geschäftsführer*
- *Dr. Karsten Padeken, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Moorbauern*
- *Dr. Nataly Jürges*

Dr. Karsten Padeken trägt die Eckpunkte der Vorlage 2 bezüglich der beiden CDU-Anträge vor, auf die insofern verwiesen wird. Zum Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 19/2710 ergänzt er zu dem Punkt, dass die geplante Vorgehensweise zum Klimaschutz auf Moorböden zügig festzulegen und zu kommunizieren sei, damit einer weiteren Verunsicherung der Menschen sowie dem schleichenden Wertverlust von Flächen und Immobilien in den niedersächsischen Moorregionen, der bereits eingesetzt habe, entgegengewirkt werden könne, dass außerdem der Ausgleich der besonders Betroffenen über eine Festlegung zu regeln sei. Es handele sich hierbei um eine Gemeinschaftsaufgabe.

Dr. Holger Hennies trägt weitere Eckpunkte der Vorlage 2 vor und bezieht sich hierbei insbesondere auf den Antrag der Koalitionsfraktionen sowie auf die Darlegungen zu Finanzierungsfragen in der Vorlage. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Niedersachsen als Moorland Nummer eins bei einem Windhundverfahren zur Vergabe der ANK-Mittel nicht ausreichend zum Zuge komme. Vielmehr sollte die Landespolitik in Abstimmung mit anderen Moorländern erreichen, dass der Moorschutz genauso wie der Küstenschutz zu einer Gemeinschaftsaufgabe mit bundesseitiger Unterstützung werde.

Zu der Forderung, dass Niedersachsen eigene verlässliche Instrumente brauche, um Betrieben, die freiwillig Teilvernässungen oder Paludikulturen erproben wollten, finanziell bei der Umstellung der Bewirtschaftung zu unterstützen, ergänzt er, dass auch Pilotvorhaben finanziell angeschoben werden sollten.

Bezüglich der Transformation der Moorbodennutzung durch geeignete Formen der Partizipation und über den Dialog mit allen Stakeholdern kritisiert er, dass die vor- und nachgelagerten Bereiche des Landes mit Ausnahme des Landkreistages, der alle repräsentiere, nicht angehört würden. Gruppen wie die Molkereien, die Genossenschaftsverbände und das Agrar- und Ernährungsforum Nord-West als zentrale Wirtschaftsakteure sollten in den Stakeholder-Dialog einbezogen werden. Die allgemeine Koordination sei ferner nicht nur eine Aufgabe von MU und ML, sondern es seien auch die restlichen Ministerien zu beteiligen, weshalb die Staatskanzlei - wünschenswert sei eine Landesmoorkommissarin bzw. ein -kommissar - damit zu betrauen sei.

Zu dem Punkt, dass das Landvolk dafür plädiere, erneuerbare Energien, die durch landwirtschaftliche Betriebe erzeugt würden, in die Emissionsbilanzierung einfließen zu lassen, weist er darauf hin, dass die Reduzierung von Methanemissionen in den letzten Jahrzehnten infolge einer Senkung der Kuhbestandszahlen bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz in der Milchpro-

duktion nicht über eine Anrechnung honoriert werde. Zudem sollte die relativ kurze Lebensdauer dieses Treibhausgases in der Atmosphäre in der Klimaberichterstattung stärker beachtet werden.

Der Landvolk-Präsident bringt abschließend seine Sorge darüber zum Ausdruck, dass die Gründung des Klimarats als zentrales Element zur Umsetzung der Klimastrategie, die aus dem Niedersächsischem Klimagesetz hervorgehe, noch nicht stattgefunden habe.

Abg. **Guido Pott** (SPD): Sie sehen bei den Deckkulturen das Potenzial, Konflikte zwischen Klimaschutz und landwirtschaftlicher Bewirtschaftung aufzulösen, weisen aber auch auf einen erheblichen Forschungsbedarf hin. Können Sie das Potenzial quantifizieren?

Dr. Karsten Padeken: In der Moorpotenzialstudie gibt es eine Grafik dazu, und auch das LBEG hat etwas dazu veröffentlicht. Wir sprechen von einer Reduzierung der CO_2-Emissionen auf das Niveau von Paludikulturen: ca. 4 bis 7 t/ha. Die Art der Deckkultur und auch die Frage, wie der darunterliegende Torfkörper nass gehalten wird, spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Zum Vergleich: Bei einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung sprechen wir von 30 bis 40 t/ha.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Ich habe eine Frage zu Paludikulturen. Seitens der CDU-Fraktion haben wir uns das Projekt „LivingLab Teufelsmoor“ angeschaut. Der Ernteerfolg hängt stark von den Wetterverhältnissen des jeweiligen Jahres ab. Auf den Flächen haben eine Menge Rundballen gelegen, die in den vorherigen Jahren aufgrund von Nässe nicht abgeholt werden konnten. Wie hoch ist das ökonomische Potenzial von Paludikulturen, wenn damit zu rechnen ist, dass Ernten komplett ausfallen? Auch dies ist im Zusammenhang mit dem nachgelagerten Bereich zu sehen; denn solche Einbußen müssen in langfristigen Abnahmeverträgen berücksichtigt werden.

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD): Meine Frage passt zu der von Frau Kämmerling. Sie sprachen davon, dass großflächige Paludikulturen so bewirtschaftet werden müssten, dass eine dauerhaft konkurrenzfähige Paludikulturwirtschaft entstehe. Bitte führen Sie auf Basis Ihrer bisherigen Erfahrung zu Risiken und Potenzialen am Markt aus. Womit wurden bisher gute Erfahrungen gemacht, womit eher schlechte?

Dr. Karsten Padeken: Das wird noch nicht im großen Stile betrieben, sondern befindet sich noch in der Planungs- und Probierphase. Deswegen können wir noch nicht von entsprechenden Erfahrungen berichten. In Osterholz hat man sich auf den Weg gemacht, weil es sich beim Teufelsmoor um ein Naturschutzgebiet handelt, wo es keine anderen Möglichkeiten gab, man aber ehrgeizig nach einer Verwertungsmöglichkeit suchte.

Es gibt also noch keinen richtigen Markt. Allerdings existieren Ansätze, die ich nicht unerwähnt lassen will. Dazu zählt das Moorschutzprojekt „toMOORow“. Hierbei wurde der nachgelagerte Bereich - zum Teil die Verarbeiter, vor allem aber die Nachfrager - einbezogen. Aber solche Projekte sind nur erste Ansätze. Es existieren ökonomische Berechnungen, nach denen die Installation insbesondere von Torfmoosen mit bis zu 50 000 Euro/ha sehr teuer ist. Andere Pflanzenarten sind günstiger. Die Frage ist, wie sich die Kosten verändern, wenn Paludikulturen im größeren Maßstab betrieben werden. Da sich dieses Verfahren aber noch in den Kinderschuhen befindet, können wir unsere Bauern noch nicht auf diesen Weg schicken.

Genaueres kann ich zum betriebswirtschaftlichen Teil leider nicht sagen.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Sie führten aus, Wiedervernässungen sollten sozial verträglich durchgeführt und Eigentum sollte geschützt werden. Selbst wenn wir, wie beim Kohleausstieg, genug Geld zur Verfügung stellten: Es geht um Eigentum, aber auch darum, dass Landwirte auf dem in Rede stehenden Land wirtschaften. 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird gepachtet, und Land ist nicht vermehrbar. Welchen Lösungsansatz haben Sie für diesen Konflikt?

Dr. Holger Hennies: Eigentum ist ja mehr als nur Grund und Boden. Auch die Investitionen, die die Landwirte getätigt haben, müssen geschützt werden. Berücksichtigt man beim Aufkauf nur den Bodenwert, ist die ganze Wertschöpfung dahin. Deshalb ist es so wichtig, vorab eine Folgenabschätzung für die ganze Region vorzunehmen. Konflikte können teilweise durch großräumige Flurneuordnungen entschärft werden, bei denen nicht so intensiv genutzte Flächen zusammengefasst werden, um sie gezielt zu vernässen. Eine regionale Folgenabschätzung wird aber immer nötig sein. Das muss den Leuten in der Region gewährleistet werden. Sonst führt das zu „unregierbaren Landschaften“.

Fachdienst Umwelt des Landkreises Osnabrück

Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- Dr. Detlef Wilcke, Fachdienst 7 Umwelt

Dr. Detlef Wilcke: Der Landkreis begrüßt nachdrücklich, dass in allen Anträgen die große Bedeutung des Moorschutzes zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen herausgestellt wird.

Eine Vorbemerkung, um deutlich zu machen, aus welcher Ecke wir kommen und warum wir die Anträge so bewerten, wie wir es tun: Der Landkreis Osnabrück hat im Jahr 2022 beschlossen, 1 Mio. Euro aus dem Kreishaushalt in Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu investieren. Mehr als die Hälfte dieser Mittel wurde für den Moorschutz und für die Entwicklung kreiseigener, öffentlicher und vereinzelt auch privater Flächen eingesetzt. Gleichzeitig wurde entschieden, Personalmittel für einen Moorschutzkoordinator bereitzustellen.

Mit dieser Anschubfinanzierung durch den Landkreis Osnabrück wurden Pflege- und Entwicklungskonzepte - ein aus meiner Sicht sehr wichtiger Aspekt - für zum Beispiel das Naturschutzgebiet Venner Moor erarbeitet und der Eigenanteil für Landesförderung in Höhe von fast 2 Mio. Euro finanziert.

Die Bilanz dieses ca. zweijährigen Engagements ist aus meiner Sicht bemerkenswert. Seitdem sind ca. 60 ha Moorflächen, die sich, wie gesagt, zum Großteil im Eigentum des Landkreises Osnabrück befinden, wiedervernässt worden.

Den wasserwirtschaftlichen Empfehlungen aus dem Pflege- und Entwicklungsplan folgend, wurden hierfür mehrere Kilometer Entwässerungsgräben verfüllt und ca. 20 ha Moorwald gerodet sowie die Grundlage für eine Ausweitung dieser Maßnahmen geschaffen.

Auf Initiative des Landkreises Osnabrück, örtlichen Vertretern der Landwirtschaft und den lokalen Naturschutzverbänden wurde im Jahre 2023 der Arbeitskreis Moor gegründet. Dessen Zielkulisse ist das Große Moor/Campemoor, das mit über 5 000 ha zu den größeren Moorkomplexen im Südwesten Niedersachsens gehört.

Der Arbeitskreis Moor hat in einer gemeinsamen Erklärung dokumentiert, welche generellen Ziele er verfolgt und welches Selbstverständnis und welche Arbeitsweise er hat. Folgende Ziele möchte ich hervorheben:

- Breite Akzeptanz und Verständnis von allen Akteuren
- Sicherung und Erhalt landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Perspektiven
- Reduzierung der Treibhausgasemissionen, langfristig: Erreichung einer CO_2-Senkenfunktion
- Festlegung konkreter und messbarer Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen
- Förderung und Erhalt der Biodiversität

Der Arbeitskreis Moor verfolgt des Weiteren ein partizipatives Vorgehen, das auf folgenden Grundsätzen fußt:

- Transparente Kommunikation mit allen Akteuren auf Augenhöhe
- Mitnehmen und Aufsuchen der Leute vor Ort (Bewirtschaftende und Bewohnerinnen und Bewohner)
- Beratungsangebote/ Darstellung der Ziele und Folgen

Die Zwecke und Arbeitsweise des Arbeitskreises Moor lassen sich kurz so beschreiben:

- Beraten und priorisieren von Aufgaben und Maßnahmen zu empfehlen
- Der AK Moor dient dem fachübergreifenden Informationsaustausch
- Die Mitglieder des AK Moor verabreden eine konstruktive Arbeitsweise
    - transparente Kommunikation innerhalb des AK Moors
    - abgestimmte Kommunikation des AK Moors nach außen

Der gemeinsamen Erklärung des Arbeitskreises Moor kommt ein so großes Gewicht zu, weil in ihm viele wichtige Stakeholder vertreten sind - und zwar jeweils aus den Landkreisen Osnabrück und Vechta, weil sich das Moor in diesen beiden Landkreisen befindet. Im Arbeitskreis Moor versammeln sich:

- Sprecherinnen und Sprecher der Bürgerinnen und Bürger im Großen Moor/Campemoor
- Vertreter und Vertreterinnen des Landvolks
- Vertreter und Vertreterinnen der Landwirtschaftskammer
- Vertreter und Vertreterinnen der Naturschutzverbände
- Vertreter und Vertreterinnen der Torfabbauunternehmen
- Vertreter und Vertreterinnen der Unterhaltungsverbände
- Vertreter und Vertreterinnen des Amtes für regionale Landesentwicklung
- Vertreter und Vertreterinnen der Städte und Gemeinden

Im September 2023 hat der Arbeitskreis Moor, vertreten durch Landrätin Kebschull aus Osnabrück und Landrat Gerdesmeyer aus Vechta, zu einem Bürgerdialog eingeladen. Es sind 200 Menschen gekommen. Wir haben unsere Arbeitsweise vorgestellt und mit Blick auf die Maßnahmenplanung das Prinzip der Freiwilligkeit betont, was der Landrätin und dem Landrat sehr wichtig ist.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt wird deutlich, dass der Landkreis Osnabrück eine Vielzahl der Forderungen der Landtagsfraktionen in die eben beschriebene Vorgehensweise integriert hat. Die Forderungen nach

- einer verbesserten Daten- und Wissengrundlage,
- einer räumlich detaillierten Klärung von Potenzialen (Resttorfmächtigkeiten),
- einer Betrachtung der wirtschaftlichen Folgen für die Menschen vor Ort (landwirtschaftliche Betroffenheitsanalyse),
- Nutzung von Flurbereinigungsverfahren,
- der Sicherstellung von Transparenz und Akzeptanz,
- der Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit,
- der Einbindung aller Stakeholder einschließlich der Torfindustrie und
- der Etablierung eines partizipativen Ansatzes

werden von Seiten des Landkreises Osnabrück folglich begrüßt und unterstützt.

Der Antrag der AfD in Drucksache 19/2702 bezieht sich schwerpunktmäßig auf einen Moorkomplex, der nicht im Landkreis Osnabrück liegt.

Der im Antrag geforderte Ansatz, beeinträchtigenden Bewuchs zu entfernen, wird im Landkreis Osnabrück bereits umgesetzt. In den letzten Jahren wurde allein im Venner Moor auf landkreiseigenen Flächen ca. 20 ha Wald gerodet und damit Habitate für die dort lebenden Kraniche verbessert.

Wichtig ist in Bezug auf den Antrag, darauf hinzuweisen, dass es mit der Entfernung des Bewuchses nicht getan ist. Es muss dafür gesorgt werden, dass der Neuaufwuchs unterbunden wird. Das

ist eine große Herausforderung. Hierzu wurden Vernässungsmaßnahmen der Moore umgesetzt, die den Wiederaufwuchs verhindern.

Zum ersten Antrag der CDU in Drucksache 19/2709: Wichtig ist aus Sicht des Landkreises Osnabrück, dass in dem Antrag auf die unklare Datengrundlage zum Beispiel bezüglich der Resttorfmächtigkeiten und der Wasserverfügbarkeit sowie auf die ungeklärten wirtschaftlichen Auswirkungen und Akzeptanz vor Ort hingewiesen wird.

Dem Landkreis Osnabrück ist es wichtig zu betonen, dass diese Fragen auf regionaler Ebene im Detail zu klären sind. Landesweite Betrachtungen sind nur dann von Nutzen, wenn sie in ihrer räumlichen Auflösung als Grundlage für Maßnahmenplanungen genutzt werden können. Der Landkreis Osnabrück begegnet diesen offenen Fragen mit Moorpflege- und -entwicklungskonzepten. Diese Konzepte sind eine zentrale Grundlage für eine akzeptierte Transformation im Moor.

Zum zweiten Antrag der CDU in Drucksache 19/2710: Eine gute Vorbereitung und Sicherstellung der Akzeptanz von Moorwiedervernnässung ist eine Forderung dieses Antrages, die vom Landkreis Osnabrück nur unterstrichen werden kann.

Der Landkreis Osnabrück möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Transformation der Moore und die Moorwiedervernässung nicht als „langfristige Generationenaufgabe“ angegangen werden können. Der Begriff stimmt, wenn man damit im übertragenen Sinne meint, dass es ein Gewaltakt ist, die Moortransformation umzusetzen. Gegen eine wörtliche Auffassung - die Aufgabe kann im Zeitraum mehrerer Generationen gelöst werden - spricht, dass in der Zwischenzeit ein Großteil der kohlenstoffreichen Moorböden zu Treibhausgasen umgewandelt sein würde. Das ist kritisch anzumerken. Es bleibt nur wenig Zeit, was die Gespräche zur Wichtigkeit des Resttorfes noch einmal aufzeigen werden.

Zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 19/3658: Die Schaffung zentraler Steuereinheiten und die Einbeziehung von Landesbehörden könnte eine sinnvolle Unterstützung für die lokale Ebene sein. Dies sollte aber nicht als Ersatz für die Strukturen vor Ort angesehen werden. Vielmehr würde es der Landkreis Osnabrück begrüßen, wenn sich die Landesregierung für die finanzielle Unterstützung von Pilotregionen und Dialogprozessen vor Ort, wie wir sie gestartet haben, einsetzt.

Lassen Sie mich zum Fazit aus der Sicht des Landkreises Osnabrück kommen. Um den Moorschutz von Ort umzusetzen, ist es wünschenswert, dass sich die Landesregierung insbesondere für eine auskömmliche finanzielle Unterstützung mit Mitteln des Bundes und des Landes - das wurde heute schon öfter erwähnt - einsetzt. Dabei müssen sowohl Sachmittel für Grundstückkäufe und Maßnahmen als auch Personalmittel für geschulte und kommunikationsstarke Fachkräfte förderfähig sein. Die Erfahrung mit unserem Moorschutzkoordinator zeigt, was für eine wichtige Funktion diese Stelle hat, auf die in keinem solcher Prozesse verzichtet werden sollte.

Der Landkreis Osnabrück würde des Weiteren eine „Landesstrategie Moorschutz“ begrüßen, in der auch die behördlichen Zuständigkeiten außerhalb der Schutzgebietskulissen geklärt werden.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Sie sind auf die Formulierung „langfristige Generationenaufgabe“ in unserem Antrag eingegangen. Wir verfolgen ja einen ganzheitlichen Ansatz und betrachten alle Moorkörper, die noch genügend Substanz für eine

Wiedervernässung besitzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es sich unter Einbeziehung aller eine Rolle spielenden - auch der sozialen - Faktoren um eine Generationenaufgabe handelt; denn die Moore haben 50 bis 100 Jahre gebraucht, um in den jetzigen Zustand zu kommen. Und es wird auch viele Jahre dauern, das umzukehren.

Wie wollen Sie die Freiwilligkeit der Menschen bewahren bzw. schützen? Wie wollen Sie also alle Menschen mitnehmen, wenn Sie zugleich sagen, die Maßnahmen müssten möglichst schnell umgesetzt werden? Hierbei spielen häufig auch Generationenverträge eine Rolle. Mit Übergangszeiträumen lässt sich sehr vieles regeln. Doch ein Handeln auf die Schnelle würde zu sozialen Härten führen, die sich gewaschen haben.

Dr. Detlef Wilcke: Sie haben natürlich vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass es sich um eine Generationenaufgabe handelt. Das Moor ist über Generationen gestaltet worden, und es wieder umzugestalten, ist eine langfristige Aufgabe. Ich wollte einfach nur dem Eindruck entgegenwirken, wir hätten unendlich viel Zeit.

Im Emsland sind die Resttorfmächtigkeiten betrachtet worden, was notwendigerweise in starker Detailliertheit geschehen muss; denn es ist keineswegs gesichert, dass, wenn ein Schlag Moormächtigkeiten aufweist, die für uns für die Wiedervernetzung von Interesse sind, dies beim nächsten Schlag ebenso der Fall ist.

Um schnell in die Umsetzung zu kommen, ist es ganz wichtig, dass wir erst einmal sortieren, welche Moorflächen für uns überhaupt noch interessant sind und welche Moorflächen das Schicksal erlitten, das alle erleiden werden, wenn wir nichts unternehmen: Die kohlenstoffhaltigen Bestandteile der Böden oxidieren, weshalb die Flächen für eine Wiedervernetzung im Sinne des Moorschutzes nicht mehr zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit der Landwirtschaft, mit der wir uns im Dialog befinden, müssen wir genau prüfen, welche Flächen überhaupt zur Verfügung stehen. Wir können nicht blauäugig davon ausgehen, dass ein Moorkomplex über 5 000 ha komplett wiedervernässt werden kann.

Wenn wir uns auf bestimmte Bereiche konzentrieren, können wir durchaus auch Geschwindigkeit aufnehmen. Wir haben uns jetzt auf bestimmte Bereiche konzentriert, auch wenn das zugegebenermaßen die, wie man so schön sagt, low-hanging fruits gewesen sind. Ich denke, wir werden auch beim nächsten Schritt erfolgreich sein, wenn wir im Dialog mit der Landwirtschaft die vielversprechenden Bereiche ausmachen.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Also da anfangen, wo es vergleichsweise einfach möglich und besonders sinnvoll ist.

Dr. Detlef Wilcke: Genau.

Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE): Sie haben zum Schluss eine „Landesstrategie Moorschutz“ gefordert, die auch die behördlichen Zuständigkeiten außerhalb der Naturschutzkulissen klären sollte. Bitte führen Sie für uns weiter aus, welche Notwendigkeiten und Schwierigkeiten Sie als untere Naturschutzbehörde sehen.

Dr. Detlef Wilcke: Meine untere Naturschutzbehörde fühlt sich natürlich berufen, über das geforderte und notwendige Management die Moortransformation in den Naturschutzgebieten an-

laufen zu lassen. Anders sieht das in den sogenannten Normallandschaften aus, wofür erst einmal die Zuständigkeiten zu klären sind. Wir nehmen diese Aufgabe als Landkreis Osnabrück an, aber ich fände es schön, wenn uns der Rücken dabei gestärkt würde, indem man uns sagt: Ja, das sollt ihr auch tun. Herr Professor Meyer hatte die fünf W schon angesprochen. Genau in diese Richtung geht auch diese Forderung.

Abg. **Axel Miesner** (CDU): Wie gehen Sie mit möglichen Auswirkungen von Wiedervernässung auf Siedlungsstrukturen in Ihrem recht großflächigen Landkreis um? Oder ist dieses Problem eher theoretischer Natur?

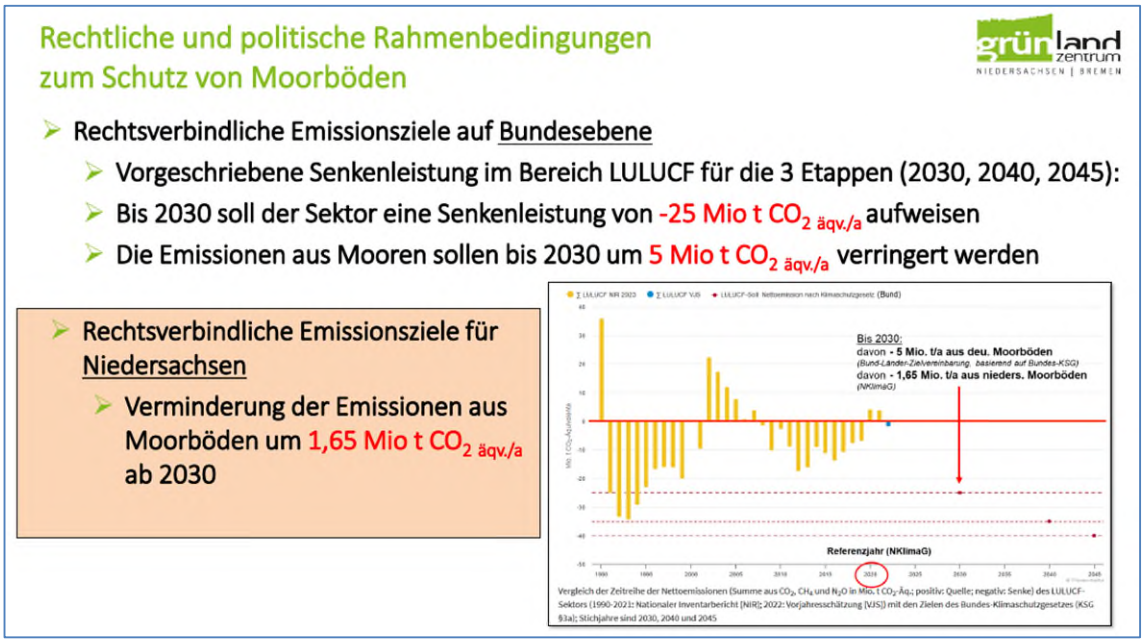
Detlef Wilcke: Das Schlagwort zu dieser Frage lautet „Pflege- und Entwicklungsplan“. In einem Pflege- und Entwicklungsplan klären wir, welche Moormächtigkeiten vorliegen, auf welche Bereiche wir uns konzentrieren und woher das Wasser für die Wiedervernässung kommen soll. Es geht darin aber auch um die zu schützende Infrastruktur wie Straßen und Siedlungen. Letztendlich ist eine Moorwiedervernässung eine technische Baumaßnahme, die ausgeschrieben werden muss und von all dem begleitet wird, was auch eine typische Tiefbau-Baustelle begleitet.

Wir können natürlich nicht die Entwässerungssysteme für eine Siedlungsstruktur, die aufgrund der Mineralisation womöglich schon etwas abgesackt ist, abschalten. Das entspricht überhaupt nicht unserer Zielsetzung. Diesbezüglich sind gewisse Puffer vorstellbar.

Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen e. V.

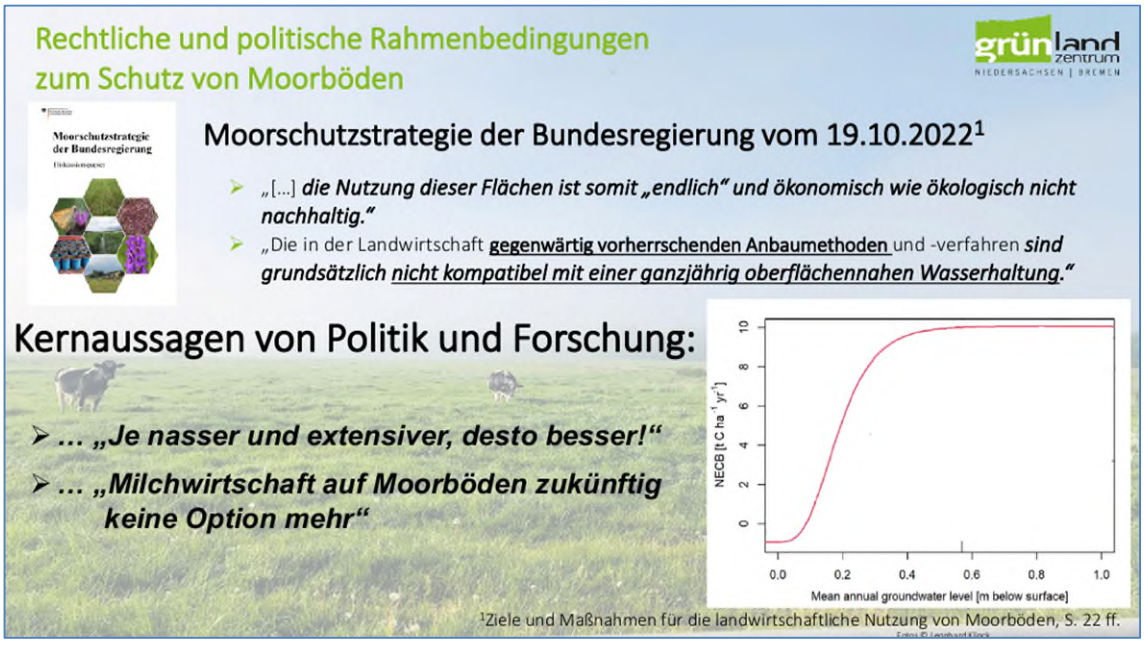
- Dr. Arno Krause, Geschäftsführer

Dr. Arno Krause: Herzlichen Dank, dass wir heute unsere ökonomische Folgenabschätzung, die wir „Faktencheck Moor“ nennen, vorstellen dürfen. Ich stelle erst einmal zentrale Bezugsgrößen vor.



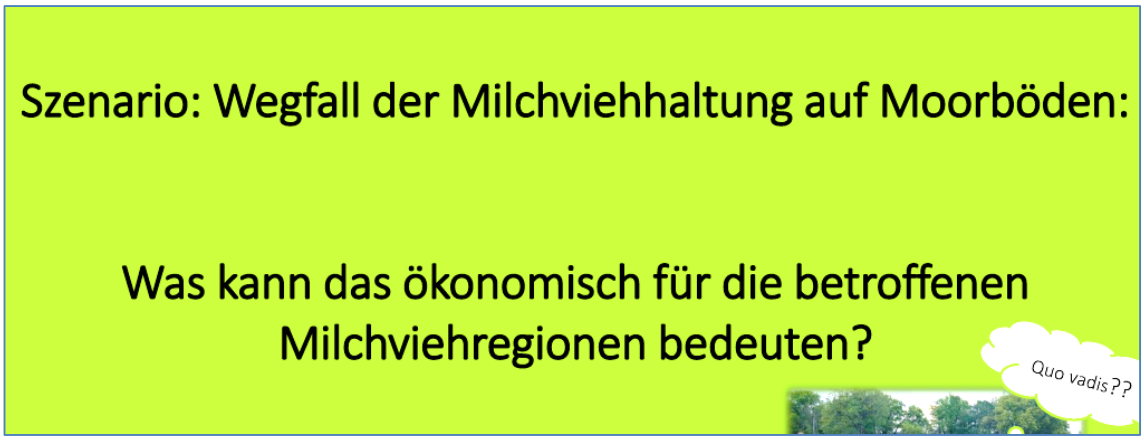
Im Bundes-Klimaschutzgesetz ist auch der Erhalt und Ausbau der Senkenfunktion des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) vorgeschriebenen. Im Jahr 2030 soll der Sektor eine Emissionsbilanz von minus 25 Mio. t CO_2-Äquivalenten erreichen, woraus die vereinbarte Reduzierung um 5 Mio. t CO_2-Äquivalenten bis 2030 aus der Bund-Länder-Zielvereinbarung resultiert. Dadurch, dass Niedersachsen ca. ein Drittel der Emissionen verursacht, muss bei uns eine Reduzierung von 1,65 Mio. t CO_2-Äquivalenten stattfinden.

Die Nutzung der entsprechenden Flächen mit den(vorherrschenden Anbau- und Managementmethoden sind keine Option mehr für die Zukunft, weil sie grundsätzlich nicht kompatibel mit einer oberflächennahen Wasserhaltung sind. Das heißt, es besteht ein großer Transformationsbedarf.

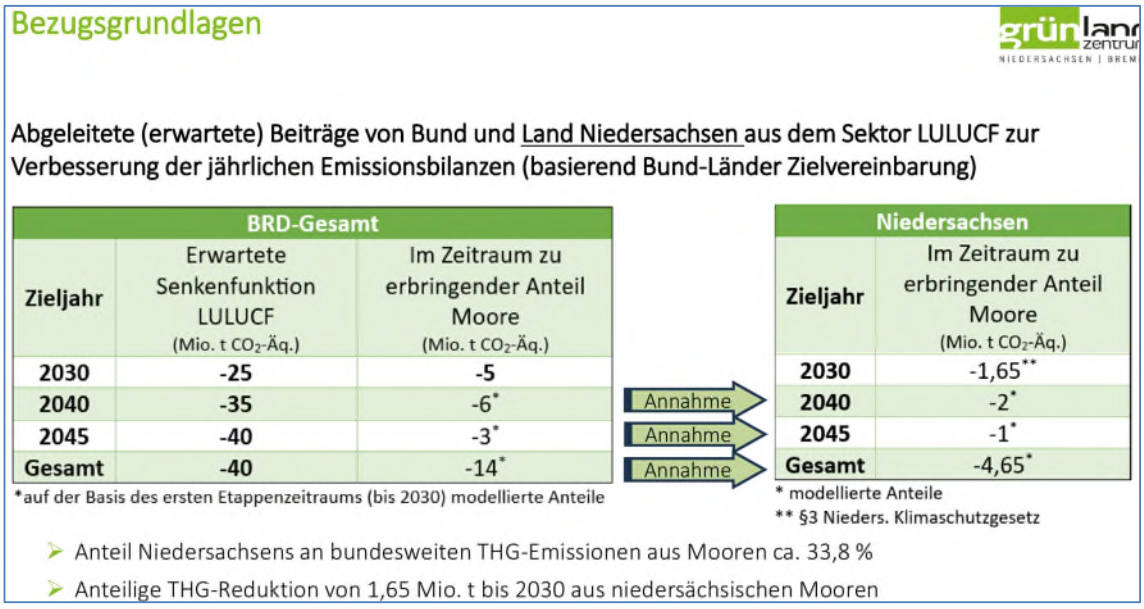


Die Kernaussagen von Politik und Forschung lauten: je nasser und extensiver, desto besser. Und: Milchwirtschaft auf Moorböden ist in Zukunft eigentlich keine Option mehr.

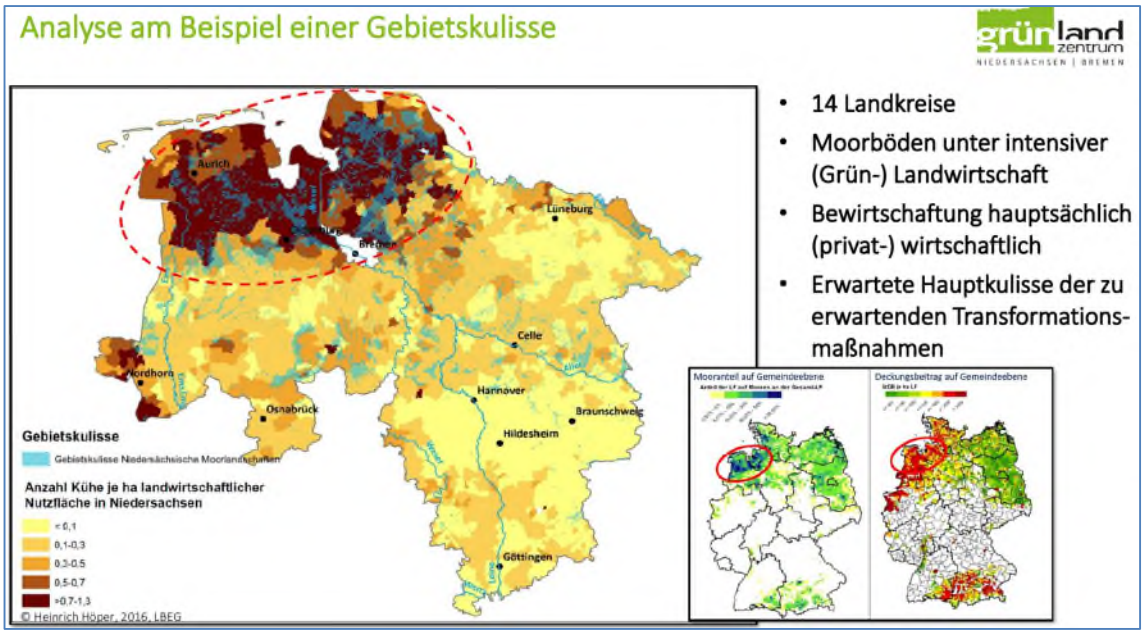
Den Grund dafür zeigt die sinusförmige Verlaufskurve der Treibhausgasemissionen auf der rechten Seite der Grafik an. Auf der X-Achse sind die Wasserstände unterhalb der Geländeoberfläche abzulesen. Auf der Y-Achse stehen die jährlichen CO_2-Emissionen in t/ha, die sich ergeben, wenn die Nettoemissionen (NECB = net ecosystem carbon balance) mit 3,67 multipliziert werden. Laut aktuellem Forschungsstand hat eine Vernässung bis zu einem Wasserspiegel von ca. 20 cm bis 30 cm unter der Geländeoberkante keine großen Auswirkungen. Die wirklichen Potenziale - eine nennenswerte Zunahme von CO_2-Bindung im Boden - liegen erst dann vor, wenn der Körper derart vernässt ist, dass Milchwirtschaft und auch angepasste Landwirtschaft auf ihm nicht mehr betrieben werden können.



Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Wegfall von Milchvielhaltung auf diesen Böden in den nächsten Jahren in ökonomischer Hinsicht haben wird.



Wir haben bis zum Jahr 2035 modelliert, was auf uns zukommt, wenn wir die Reduzierung um 5 Mio. t gemäß der Bund-Länder-Zielvereinbarung bzw. in Niedersachsen um 1,65 Mio. t fortschreiben. Das Ergebnis ist, dass wir deutschlandweit weitere 6 Mio. t bis 2040 einsparen müssten und weitere 3 Mio. t bis 2045, sodass wir bundesweit insgesamt auf 14 Mio. t kämen. Und für Niedersachsen bedeutet das, dass bis 2030 1,65 Mio. t, bis 2040 weitere 2 Mio. t und bis 2045 zusätzlich 1 Mio. t eingespart werden müssen, um die einzusparende Zielmenge von 4,65 Mio. t zu erreichen. Eine solche Modellierung, in diesem Fall zur Fortschreibung der Emissionsminderung, ist aber nur ein educated guess. Angesichts der bevorstehenden Auflagen und zusätzlichen Faktoren wie zum Beispiel Gewässern, ist davon auszugehen, dass die Beträge eher höher sein werden.



Wie wirkt sich das aus? In unserem Faktencheck haben wir uns mit den Gebieten beschäftigt, in denen die größten Landnutzungseffekte zu erwarten sind. In den 14 nördlichen Landkreisen, die auf der Grafik zu sehen sind, findet eine intensive Grünlandwirtschaft auf den Moorböden statt. Das ist die Hauptkulisse für die Berechnung der Transformationsmaßnahmen.

Auf den beiden Karten rechts unten ist die Moormächtigkeit blau eingefärbt (links), und die höchsten Deckungsbeiträge sind rot eingefärbt (rechts). Auf der großen Karte sind beide Werte zusammengefasst. In diesen 14 Landkreisen bestehen die größten Landnutzungskonkurrenzen.

Landkreis	Haltungen (Stand: 2020)	Milchkühe	Flächen von Moorböden Acker- und Grünland (ha) Gesamt	Hochmoor	Niedermoor	Dauergrünland (ha)
Ammerland	300	33.192	14.700	12.200	2.500	20.135
Aurich	563	49.589	6.800	5.100	<1.700	42.471
Cloppenburg	221	14.835	12.300	6.100	6.200	11.513
Cuxhaven	807	105.276	39.600	15.300	24.300	72.845
Diepholz	290	32.893	16.300	5.300	11.000	21.631
Emsland	440	31.626	15.200	9.100	6.100	16.394
Friesland	284	36.852	2.500	1.800	700	28.713
Leer	669	61.742	11.600	8.300	<3.300	48.993
Oldenburg (inkl. Stadt)	225	19.177	9.200	4.500	4.700	16.277
Osterholz	236	23.814	19.900	12.700	7.200	24.152
Rotenburg-Wümme	519	64.036	28.400	15.500	12.900	39.984
Stade	285	43.554	14.300	6.400	7.900	29.875
Wesermarsch	419	49.595	13.400	10.800	<2.600	49.080
Wittmund	321	30.374	4.000	1.400	2.600	23.808
Gesamt	**5.579**	**596.555**	**208.200**	**114.500**	**<93.700**	**445.871**
Durchschnittliche Anzahl Kühe je ha Moorboden			**1,35**			

*Quellen: Tierdaten und Haltungen aus LSN (2021), Flächen von Moorböden aus LBEG (2021) und Flächen Dauergrünland aus LSN (2020)

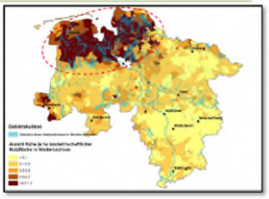
Zur Methodik: Es gibt dort rund 5 500 Betriebe mit ca. 600 000 Kühen auf ca. 450 000 ha Dauergrünland. Wir haben als Größe für eine beispielhafte Gebietskulissenanalyse den Milchkuhbesatz pro Hektar Dauergrünland herangezogen. Er beläuft sich auf 1,35 Kühe je/ha Moorboden.

Geschätzter Flächenbedarf für eine nasse Moornutzung in Niedersachsens Küstenregionen bei unterschiedlichen Einsparpotenzialen und Szenarien

grünland zentrum NIEDERSACHSEN | BREMEN

		Flächenbedarf (ha) in Zielkulisse Niedersachsens			
Szenario	Einsparpotenzial (t CO_2-Äq./ha)	2030 (1,65 Mio. t)	2040 (2 Mio. t)	2045 (1 Mio. t)	Gesamt (4,65 Mio. t)
1. Torferhalt (gesetzl. Rahmen)	30	55.000	66.667	33.333	155.000
2. Schwach torfzehrend (gesetzl. Rahmen)	20	82.500	100.000	50.000	232.500
3. Schwach torfzehrend (wiss. Empfehlung)	20	160.000	200.000	100.000	460.000

- Bereits im gesetzlichen Rahmen würden für die Küstenregion mehr Flächen für eine schwach torfzehrende Nutzung beansprucht (232.500 ha) als tatsächlich vorhanden (208.200 ha)
- Die wissenschaftlichen Empfehlungen fordern eine nahezu vollständige Vernässung Moore



Wie viel Fläche benötigen wir? Es existieren zwei Minderungspotenziale.

Das erste Szenario umfasst den Torferhalt nach gesetzlichem Rahmen. Mit einer Vollvernässung könnten 30 t CO_2/ha eingespart werden. Bis zum Jahr 2030 müssten hierfür 55 000 Hektar aus der Kulisse herausgenommen werden, dann für zusätzliche 2 Mio. t weitere 66 000 ha und dann nochmal 33 333 ha bis 2045, was zu einer Größenordnung von 155 000 Hektar für Vollvernässung führt.

Das zweite Szenario umfasst ein Vorgehen, das „schwach torfzehrend“ nach dem gesetzlichen Rahmen ist. Mit dieser Vernässung geht keine Renaturierung einher, und eine angepasste Nutzung für zum Beispiel Paludikulturen ist möglich, Milchvielhaltung - zumindest laut der Wissenschaft - auf jeden Fall aber nicht. Hierbei müssen bis zum Jahr 2030 82 500 ha teilvernässt werden, bis 2040 noch einmal 100 000 ha und bis zum Jahr 2045 weitere 50 000 ha, sodass sich insgesamt ein Flächenverbrauch von ca. 232 000 ha - in roter Schrift auf der Folie - ergibt, der die vorhandenen 208 200 ha in den 14 Landkreisen deutlich übersteigt.

Nach der wissenschaftlichen Empfehlung des Greifswald Moor Centrums wird wesentlich mehr Fläche benötigt, nämlich deutschlandweit jährlich 50 000 ha und in Niedersachsen 20 000 ha ab 2022. Trüge man diesen Anforderungen Rechnung, betrüge der Flächenbedarf 460 000 ha.

Was bedeutet das in ökonomischer Hinsicht? Oft denkt man nur an die Wertschöpfung in landwirtschaftlichen Betrieben. Aber im vorgelagerten Bereich passiert genauso viel, zum Teil sogar noch mehr, wie die nächste Grafik zeigt:

Es sind also nicht nur die Flächeneigentümer und -nutzer betroffen, sondern die kompletten Sektoren, also auch die Unternehmen im vor- und nachgelagerten Bereich. Neben Dienstleistern und dem Handwerk betrifft das auch lokale Institutionen wie die Kommunen, die Samtkreise und die Wasser- und Bodenverbände.

Wir haben uns die sozioökonomischen Folgen angeschaut, die auftreten, wenn die Milchviehhaltung wegfällt. Hierfür haben wir uns die Deckungsbeiträge - also die Bruttowertschöpfung mit Milchvieh auf der Betriebsebene -, die Vorkosten, die Arbeitsplätze und Vermögenswerte für Flächen und Gebäude sowie die Pachteinnahmen angeschaut.

Ökonomische Auswirkungen: Kalkulationsgrundlagen

Durchschnittl. Arbeitsumfang je landwirtschaftl. AK	50 h/Kuh/Jahr
Besatz	1,35 Milchkühe/ha
Durchschnittl. Milchleistung	9.000 kg/Jahr
Milchpreis Nord (2021)	0,371 €/L
Kalb	176 €
Schlachtkuh	209 €
Deckungsbeitrag Milchkuh/Jahr[1]	1.360 €
Deckungsbeitrag Milchkuh/ha/Jahr	**1.836 €**
Vorkosten Milchkuh/Jahr	2.364 €
Vorkosten Milchkuh/ha/Jahr	**3.191 €**
Produktionswert Milchkuh/Jahr[2]	3.724 €
Produktionswert Milchkuh/ha/Jahr	**5.027 €/ha/Jahr**

[1]Mittelwert der Richtwert-Deckungsbeiträge 2017-2021 der LWK Niedersachsen bei einem Leistungsniveau von 9.000 kg Milch/Jahr
[2]Produktionswert der Milchviehhaltung = Vorkosten + Deckungsbeitrag

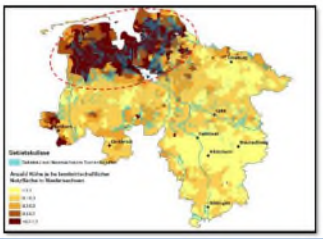
Der jährliche Produktionswert je Milchkuh und Hektar ist von den 1,35 Milchkühen/ha abgeleitet. Wir sind von einer durchschnittlichen Milchleistung von 9 000 kg/Jahr ausgegangen. Im Berechnungsjahr 2021 lag der Milchpreis noch bei 37 Cent/l, heute liegt er etwas höher. Auch die Erlöse für Kälber und Schlachtkühe haben wir berücksichtigt. Der zu erwartende jährliche Deckungsbeitrag einer Milchkuh liegt demnach bei 1 360 Euro bzw. jährlich 1 936 Euro/ha. Einschließlich der Kosten aus vor- und nachgelagerten Bereich, die sich auf 3 191 Euro belaufen, ergibt sich im schlimmsten Fall ein jährlicher Produktionswertverlust in Höhe von 5 027 Euro/ha. Das tritt ein, wenn tatsächlich die komplette Wertschöpfung inklusive des vor- und nachgelagerten Bereichs wegfiele. Wenn Futtermittel in zum Beispiel Südafrika oder Südamerika eingekauft wird, müsste man dieses natürlich anrechnen. In unserem Worst-Case-Szenario sind wir davon ausgegangen, dass alles, was zum Erwirtschaften nötig ist, zumindest auch aus den Regionen Niedersachsens stammt.

Sozioökonomische Folgen: Kostenpositionen

grünland zentrum NIEDERSACHSEN | BREMEN

Sozioökonomische Folgen der geplanten Vernässung von Mooren in Gebietskuliss
Szenario: Milchviehhaltung auf Moorböden fällt vollständig weg

1. Verlust der **Deckungsbeiträge** (=Bruttowertschöpfung Milchvieh – („Betriebsebene"))
2. Verlust der **Vorkosten** der Milchviehhaltung (Anteile vor- und nachgelagerter Bereich)
3. Verlust von **Arbeitsplätzen** in der Ernährungswirtschaft
4. Verlust von **Vermögenswerten** für Flächen (Bodenwerte)
5. Verlust von **Vermögenswerten** für Gebäude (Abschreibungsverluste)
6. Verlust von **Pachteinnahmen** (u.a. für die soziale Absicherung)



Berechnungen sozioökonomischer Konsequenzen

grünland zentrum NIEDERSACHSEN | BREMEN

Verlustpositionen	Extrem-Szenario: Gesamte Milchviehhaltung auf Moorböden der Gebietskulisse (208.200 ha) fällt weg
1. Deckungsbeitrag Milchvieh/Jahr	~ 382 Mio. €
2. Vorkosten Milchvieh/Jahr regionale Wertschöpfung	~ 665 Mio. €
3. Arbeitsplätze in Wertschöpfungskette Ernährungswirtschaft	30.000 - 54.000 AK
4. Verlust Bodenwert	~ 2,8 Mrd. €
5. Abschreibungsverluste Gebäude	~ 1,4 Mrd. €
6. Verlust mit 50 % Pachtflächenanteil (soziale Absicherung)	~ 26 Mio.€

Dieser jährliche Wertschöpfungsverlust betrüge jährlich ca. 1 Milliarde Euro für die nördlichen Landkreise. Der gesamte Verlust an Vermögenswerten beliefe sich auf einmalig 4,2 Mrd. Euro.

Dazu kommen die Kosten

1. für den Umbau der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur in den betroffenen Moorgebieten und den damit verknüpften Entwässerungssystemen angrenzender Räume
2. für notwendige **landwirtschaftliche Umstrukturierungsmaßnahmen** (einzelbetriebliche Investitionen, Landmanagement, Flurbereinigungen…)
   - ➢ zusätzliche Kosten von 10.000 – 50.000 €/ha

Des Weiteren kämen die Kosten für den Umbau der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur sowie die landwirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 10 000 bis 50 000 Euro/ha hinzu.

Zu den bereits angesprochenen Alternativen: Paludikulturen sind noch nicht wirklich etabliert. Unsere Befragung von Landwirten zeigt, dass kein großes Interesse daran herrscht. Für Photovoltaik werden zum Teil hohe Pachten bezahlt, und die Multiplikatoreneffekte, die dem vor- und nachgelagerten Bereich in der Region zugutekommen, sind eher gering. Die Option der schwach torfzehrenden Nutzungssysteme wird in Deutschland momentan kaum diskutiert.

Fazit und Empfehlungen

grünland zentrum NIEDERSACHSEN | BREMEN

Ausrichtung auf Effizienz und Effektivität von unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der THG-Emissionen auf Moorböden

1. Gezielt vollvernässen („Flächen im Landesbesitz"): Kostenintensiv. relativ schnell viel CO_2 Emissionen senken
   - Umgehend Kulissen für Vollvernässung bilden,
   - Akteure aus Praxis einbeziehen und
   - faire Entschädigungen einplanen.
2. Teilvernässung ermöglichen („Beibehaltung der Landwirtschaft"): Geringere Transformationskosten und größere Akzeptanz bei Landwirten

Welche Möglichkeiten es in diesem Bereich gibt und welche THG-Minderungen in diesem Bereich möglich sind, ist Gegenstand des Projekts GreenMoor

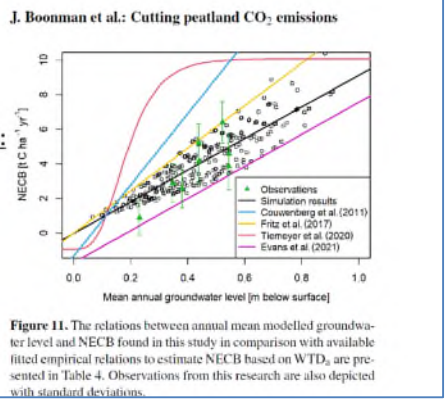
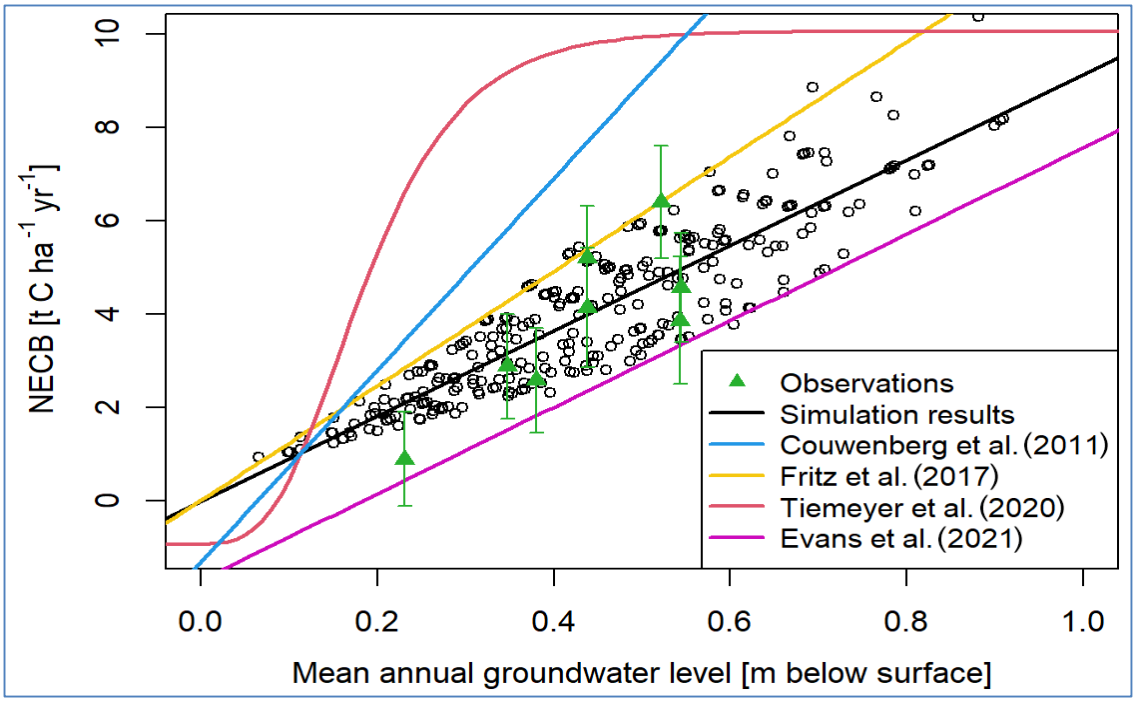


Figure 11. The relations between annual mean modelled groundwater level and NECB found in this study in comparison with available fitted empirical relations to estimate NECB based on WTD_a are presented in Table 4. Observations from this research are also depicted with standard deviations.

Unsere Empfehlung lautet, die Systeme auf Effizienz und Effektivität auszurichten. Das heißt, dort gezielt vollzuvernässen, wo es sinnvoll ist, wo also die größten Einsparpotenziale zu erwarten sind und der wirtschaftliche Impact nicht so groß ist. Das betrifft vor allem die Flächen in Landesbesitz, gegebenenfalls aber auch solche, die rausgekauft werden können. Dafür sind umgehend Kulissen zu bilden, und den Landwirten muss natürlich eine faire Entschädigung gezahlt werden. Vor allen Dingen - hier muss eine Wissenslücke geschlossen werden - muss Teilvernässung ermöglicht werden.



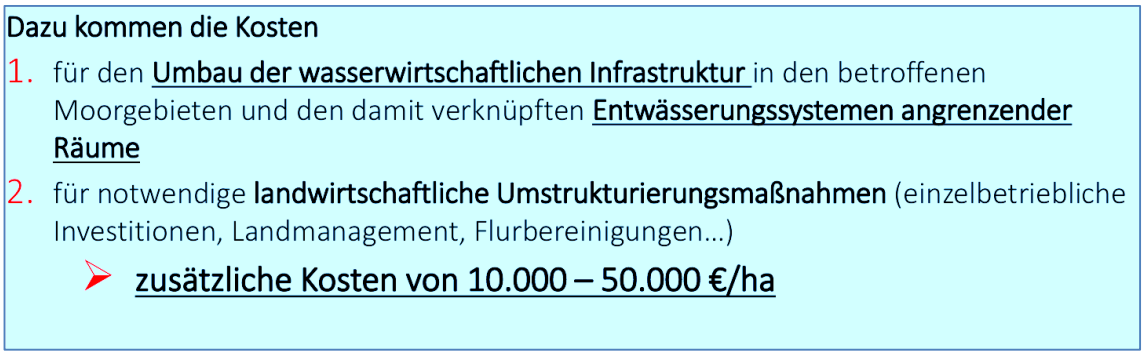
Die obere - rote - Kurve verbildlicht die Ergebnisse des Thünen-Instituts, nach denen bis zu einem Grundwasserspiegel von 20 cm kaum Auswirkungen auf die Netto-Kohlenstoffbilanz des Ökosystems beobachtbar sind; Sie kennen diese Kurve bereits von der zweiten Grafik. Die anderen Graphen zeigen, dass Studien aus den Niederlanden und Großbritannien allerdings auf einen

linearen Zusammenhang zwischen CO_2-Emissionen in Torfgebieten mit dem dortigen Grundwasserspiegel hindeuten, was zumindest die wissenschaftliche Untersuchung betreffs des Beibehaltens der Milchviehhaltung - wahrscheinlich auch über Weidehaltung - rechtfertigt.

Um Zeit durch die Anpassung an den Klimawandel zu gewinnen, schlagen wir vor, möglichst schnell mit dem Wassermengenmanagement anzufangen. Das sind Aufgaben, die einen Pilotierungsansatz und keine inkrementelle Herangehensweise erfordern.

In Niedersachsen machen offene Wasserflächen etwa 2 % der Landesfläche aus. In der Wesermarsch sind es 6 % bei Gräben mit einer Gesamtlänge von 35 000 km. Die Niederländer machen es uns vor: Sie gehen bei ihren Moorschutzgebieten von 16 % offener Wasserflächen aus. In Groene Hart, wo sich auch das Veenweiden Innovation Center befindet, rechnet man mit 20 % offenen Wasserflächen. Das heißt, die Aufgabe ist wesentlich umfangreicher als bislang angenommen.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Bitte öffnen Sie noch einmal die Folie, auf der die Kosten in Höhe von 10 000 bis 50 000 Euro/ha thematisiert werden und führen Sie dazu aus.



Dr. Arno Krause: Diese Kosten kommen in jedem Fall dazu. In vielen Regionen Niedersachsens aber auch in den Moorregionen liegen Unterhaltungssysteme vor, die auf die Abfuhr von Wasser

optimiert sind. Vor allem auf den Hochmoorgebieten, zum Teil aber auch in den Niedermoorgebieten ist dieses Wasserregime langfristig unpassend.

Und das schließt an die letzte Präsentationsfolie an. Wir werden wesentlich mehr Wasser aus den Wintermonaten mit ihren großen Abflussmengen vorhalten, um es für die Sommermonate verfügbar zu machen.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Außerdem stand auf einer Folie ein Flächenbedarf von 460 000 ha, was ja 10 % der Landesfläche sind. Ich habe das mal ausgerechnet: Das wären 4 bis 23 Mrd. Euro, die noch mal hinzukämen. Ist das richtig?

Dr. Arno Krause: Ich habe das auf Schnelle nicht nachgerechnet, aber das dürfte hinkommen.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Danke insbesondere für die ökonomische Einordnung, die deutlich macht, welche Herausforderungen in Niedersachsen bestehen.

Auch ich habe eine Frage zu den Zahlen, und zwar zum angesprochenen Extremszenario, bei dem die Milchviehhaltung in den betroffenen Regionen aufgegeben würde. Sie bezifferten die unmittelbaren Verluste auf ca. 1 Mrd. Euro, was zu einem Gesamtverlust von mindestens 4 Mrd. Euro - Herr Najafi hat das eben schon überschlagen - führen würde.

Das von Ihnen geschilderte Extremszenario erscheint mir nicht umsetzbar. Schließen Sie sich der Empfehlung des Fachdienstes Umwelt des Landkreises Osnabrück an, die low-hanging fruits zu ernten, also die landeseigenen Flächen zu betrachten?

Dr. Arno Krause: Das erscheint mir auch so. Wir werden wohl Prioritäten setzen müssen. Es ist sinnvoll, sich auf die Flächen mit der größten Klimawirksamkeit zu fokussieren und dort zu vernässen, wo der niedrigste wirtschaftliche Impact zu erwarten ist. Man darf aber nicht einfach die Gebiete mit geringer Wirtschaftlichkeit nehmen, sondern muss die Torfmächtigkeiten und den Klimaeffekt einbeziehen. Wenn Regionen in diesen Kulissen außerdem auch eine verhältnismäßige gute Wasserwirtschaftsinfrastruktur aufweisen, liegt es nahe, dort mit den Vernässungsmaßnahmen anzufangen, da man dann relativ schnell und ohne großen wirtschaftlichen Impact Erfolge erzielen kann.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Ich gehe d'accord damit, dass die low-hanging fruits als erstes angepackt werden sollten. Ich habe aber eine Anmerkung zum Thema Klimawirkung, weil ich eine Sache nicht so stehen lassen kann.

Sie wissen, bei intensiv landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen - das Nasse Dreieck - sind die Emissionen am höchsten; die Klimawirksamkeit wäre dort also auch am höchsten. Ich kenne die entsprechenden Karten. Wenn wir dort anfangen, werden wir die größten Probleme und Kosten haben. Ganze Betriebe müssten ausgesiedelt werden.

Deswegen bitte ich um Vorsicht bei dem Wort Klimawirksamkeit. Low-hanging fruits, auf landeseigenen Flächen und generell dort, wo man sich einig ist: in Ordnung. Aber wenn wir allein die Klimawirksamkeit betrachten, kommen wir in eine Problemzone.

Dr. Arno Krause: Sie haben komplett recht. Ich nannte daher auch den niedrigsten wirtschaftlichen Impact als Faktor. Wir befinden uns sozusagen in einem multidimensionalen Raum. Es ist

nicht sinnvoll, dort zu arbeiten, wo kein Effekt zu erwarten ist, der Faktor der Wirtschaftlichkeit muss aber auch betrachtet werden. Vielen Dank, dass Sie das noch einmal gesagt haben.

NABU (Naturschutzbund Deutschland), Landesverband Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4

Anwesend:

- Dr. Holger Buschmann

Dr. Holger Buschmann: Zum Thema Moore haben Sie in Ihren Anträgen schon viel geschrieben, und meine Vorredner haben auch viel dazu gesagt. Daher muss ich darüber nicht mehr ausführlich referieren und kann auf wesentliche Punkte zu sprechen kommen.

Die Umweltverbände beschäftigen sich seit Langem mit der Thematik Moor. Der NABU ist schon seit den 70er-Jahren in das Naturschutzgebiet Theikenmeer involviert. Dabei handelt es sich um ein Moorgebiet, das über 30, 40 Jahre komplett wiedervernässt wurde und sich heute hervorragend entwickelt. Wir haben Projekte im Lichtenmoor, im Sulinger Moor und jetzt aktuell im Ahlen-Falkenberger Moor: ein spannendes Projekt, bei dem wir auf ca. 200 ha zum ersten Mal Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung als Grünland wieder in ein wachsendes Hochmoor umwandeln wollen. Das ist das größte Projekt dieser Art europaweit, und es soll Erkenntnisse darüber beitragen, wie das Ganze zukünftig im großen Stil ablaufen könnte.

Der NABU begrüßt im Grundsatz alle vier Anträge. Wie zuvor bereits Herr Wilcke habe ich zu allen Anträgen Anmerkungen zu gewünschten Änderungen, Erweiterungen oder möglichen Bedenken.

Zum Antrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 19/2702 ist anzumerken, dass man die Moore wie im Rehdener Geestmoor freistellen kann. Allerdings hat Herr Wilcke das Problem bereits benannt: Wie kann man diese Freistellung langfristig generieren? Dabei spielt auch das Thema Wiedervernässung eine Rolle. Es ist langfristig keine Option, die Flächen immer wieder freizustellen, auch deshalb, weil man bei der Freistellung natürlich auch auf andere Arten achten muss. Vielmehr muss geschaut werden, inwiefern zum Beispiel im Rehdener Geestmoor - das ich ebenso wie die dortigen Kranichnistplätze sehr gut kenne - andere Maßnahmen durchgeführt werden können.

Zum Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/2709 möchte ich festhalten, dass wir weitere Daten und weitere Forschung brauchen, insbesondere zum Thema Torfmächtigkeit. Diesbezüglich haben wir tatsächlich eine große Wissenslücke im Land. Der Landkreis Emsland - das ist erwähnt worden - hat das einmal für seine Flächen untersucht; so etwas brauchen wir landesweit. Er hat festgestellt, dass seit den 80er-Jahren rund 50 % der ehemaligen Torfflächen verschwunden sind. Das sollte uns zu denken geben. Wir sind auf Grundlage der Daten, die wir haben, einmal von landesweit 20 bis 25 % ausgegangen. Je weiter man nach Westen geht, desto höher dürfte der Prozentsatz aufgrund der hohen Nährstoffeinträge sein. Deswegen kommt der Landkreis Emsland auf 50 %. Auf jeden Fall ist die verlorene Fläche erheblich.

Zudem spielt der Zeitfaktor eine große Rolle: Wir haben keine Zeit mehr. Selbstverständlich wird es eine Generationenaufgabe sein, aber wir müssen sofort loslegen - und das mit höchster Priorität. Deswegen meine Anmerkung zur Forschung: Beispielsweise bei der Renaturierung von Hochmooren wurde in der Vergangenheit sehr viel falsch gemacht, aber daraus hat man auch sehr viel gelernt. Alle Institutionen, die sich damit beschäftigen, wissen mittlerweile einigermaßen, wie man Hochmoore vernünftig herrichten und renaturieren kann. Hierzu braucht man zwar weitere Forschung auf großer Fläche, aber am besten begleitend zur Umsetzung. Auf keinen Fall dürfen wir die Forschung vornan stellen, vielmehr müssen wir in die Umsetzung kommen und diese dann mit Forschung begleiten.

Den Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/2710 begrüßen wir weitgehend. Es ist ganz wichtig, die Arbeitsleistung vormaliger Generationen wertzuschätzen. Viele sehen es ja immer noch als etwas Tolles an, was sie vor einiger Zeit bzw. die Vorfahren geschaffen haben. Wir haben ein ähnliches Problem bei der Renaturierung von Gewässern gehabt: Früher wurden alle Gewässer kanalisiert, teilweise mit der Hand. Viele Leute aus jener Zeit stehen dann davor und wundern sich, warum man das Ganze renaturiert.

Es muss klar kommuniziert werden, warum die Renaturierung sein muss - und das sehe ich in dem Antrag auch. Man muss diese ältere Generation mitnehmen. Auf der einen Seite muss man ihre Leistung wertschätzen, auf der anderen Seite muss man aber auch erklären, warum wir diese „Errungenschaften“ - so ist das früher bezeichnet worden - jetzt so schnell wie möglich zumindest in Teilen wieder zurückbauen. Das muss gut gelingen, und dafür braucht man eine gute Kommunikation.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die gesteckten Ziele werden nicht erreicht, wenn man sich nur auf Landes- und Kommunaleigentum beschränkt, so wie es der Antrag vorsieht. Das wird nicht funktionieren. Das Projekt Ahlen-Falkenberger Moor zum Beispiel nutzt keine kommunalen oder Landesflächen, diese Flächen gehören dem NABU. Selbstverständlich haben auch wir ein Interesse daran, auf unseren Flächen Renaturierungsmaßnahmen vorzusehen. Es muss möglich sein, auch auf Privatflächen zu arbeiten, denn sonst können die Ziele nicht einmal annähernd erreicht werden.

Den Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/3658 begrüßen wir vollumfänglich. Allerdings hätte ich mir ein bisschen mehr Umsetzungsstärke gewünscht, also ein: „Wir legen jetzt los!“. Das ist nicht klar formuliert.

Vor allem ist mir die Struktur nicht ganz klar, sie wirkt ein bisschen verworren. Ich hoffe, dass man sich nicht in Strukturen oder im Aufbau von Strukturen verliert. Wenn eine „zentrale Steuerungseinheit“ für den Moorschutz eingerichtet wird, die sozusagen für Anträge und Finanzen zuständig ist - so verstehe ich das im Moment -, dann wird sie wohl nicht die Einheit sein, die selbst umsetzt - oder allenfalls auf landeseigenen Flächen, wenn ich das richtig verstanden habe. Auf der anderen Seite gibt es aber die Staatliche Moorverwaltung, die genau so etwas schon macht.

Ich verstehe die Unterteilung nicht ganz: auf der einen Seite die Vollvernässung und die Frage, wie zukünftig zum Beispiel Hochmoore weiterentwickelt werden, auf der anderen Seite die Frage, wie mit landwirtschaftlichen Flächen umgegangen wird. Wie kann doch noch eine gewisse Wertschöpfung auf diesen Flächen - wenn auch nicht auf allen - erzielt werden? Wie können

landwirtschaftliche Betriebe dort weiterbestehen, vielleicht auch mit Milchwirtschaft? Den Ansatz, diese Fragen in einem anderen Bereich zu regeln, finde ich gut. Eine Aufspaltung dieser Themen erscheint praktisch.

Aber gerade bei der Renaturierung von Hochmooren wünsche ich mir, dass sie in einem Guss erfolgt. Im Koalitionsvertrag war von einer Landesmoorgesellschaft die Rede. Ich denke, dass man auf bestehende Strukturen zurückgreifen sollte. Mein Vorschlag ist, die Staatliche Moorverwaltung an das Umweltministerium anzudocken und dort zu einer Landesmoorgesellschaft auszubauen. Dann könnte mit den entsprechenden Partnern, die hier auch aufgeführt sind, entsprechend in die Umsetzung gegangen und ein starkes Netzwerk gebildet werden. Aber es gibt mit Sicherheit Gründe, warum man diesen Weg nicht gewählt hat.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass bei den genannten Ansprechpartnern mit „vorhandenen Kompetenzen“ die Umweltverbände interessanterweise fehlen. Deswegen habe ich am Anfang betont, dass wir als Umweltverbände BUND und NABU seit Jahrzenten über Erfahrung bei den Themen Moor und Moorrenaturierung verfügen. Man sollte also auch auf unsere Kompetenzen zurückgreifen.

Vorhin hat Herr Wilcke es bereits thematisiert, auch ich muss es jetzt ansprechen: Mir fehlt in diesem Antrag die klare Ansage „Wir wollen eine Landesstrategie aufbauen“. Die Frage ist doch: Wo will das Land denn überhaupt hin? Es gibt Ziele - beispielsweise die Minderung der jährlichen Treibhausgasemissionen aus Mooren um 1,65 Mio. t bis 2030 -, aber wie sollen diese Ziele in Niedersachsen erreicht werden? Dazu muss sich das Land eine Strategie überlegen.

Die vorliegende Potenzialstudie „Moore in Niedersachsen“ bildet eine erste Grundlage, auf der jetzt schnell weiter aufgebaut werden muss. Wo will das Land hin? Erst wenn man diese Frage beantwortet hat, kann man in die Regionen gehen und die dortigen Stakeholder aufrufen: „Wir setzen uns an einen Tisch. Wie sieht das Potpourri an Möglichkeiten aus, das wir hier in der Region haben?“ Eine Landesstrategie müsste in etwa vorgeben, wie viele Hektar für die Wiedervernässung vorgesehen sind. Diese werden dann der Natur überlassen, sodass sich Hochmoore oder Niedermoore wieder regenerieren können. Wie viele Flächen werden beispielsweise für Milchwirtschaft oder für Mastvieh benötigt? Wie viele Flächen braucht man für Paludikulturen, sei es für Sphagnum-Farming oder für den Anbau von Typha - also Rohrkolben -, Schilf oder Ähnlichem?

Mit einer Grundidee auf der Landesebene kann man dann in die Regionen gehen und die einzelnen Moore bewerten: Bekommen wir dieses Prinzip, das wir auf Landesebene brauchen, in unserem Moor abgebildet? Das erfordert einen Dialog mit den Akteuren: Wie können wir das umsetzen? Welche Flächen geben wir auf? Denn auch das - wie viele Flächen tatsächlich aufgegeben werden sollen - wird eine relevante Frage sein.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir müssen unbedingt sofort in die Umsetzung kommen. Die Potenzialstudie „Moore in Niedersachsen“ weist allein 46 000 ha aus, die relativ konfliktfrei und schnell angegangen werden könnten, und weitere 28 000 ha, bei denen ebenfalls vergleichsweise schnell gestartet werden könnte. Alles Weitere müsste in den Regionen besprochen werden.

Abg. **Marcel Queckemeyer** (AfD): Meine Frage bezieht sich speziell auf den Antrag zu den Kranichnistplätzen. Nachdem wir den Antrag im Plenum eingebracht hatten, wurde ja auf den Flächen im Rehdener Geestmoor die Entkusselung vorgenommen - endlich, nach Jahren wieder. Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, in erster Linie die vorhandenen Landes- und Kommunalflächen in Angriff zu nehmen und wiederzuvernässen, so wie es Dr. Wilcke bereits gesagt hat, damit es dort keinen neuen Aufwuchs gibt?

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Als ersten Punkt spreche ich das Thema der Landesstrategie an, und zwar in Verbindung mit unserem CDU-Antrag „Wissenslücken schließen“. Verstehe ich es richtig, dass eine Landesstrategie als Grundlage eine Erhebung unter anderem zu den Torfmächtigkeiten in ganz Niedersachsen bräuchte, damit man identifizieren kann, welche Flächen in welchen Regionen für eine Renaturierung geeignet sind?

Als zweiten Punkt: Sie haben gefordert, das Vorhaben nicht auf Landes- und Kommunalflächen zu begrenzen und auch private Flächen einzubeziehen; Sie sprachen die Flächen des NABU an. Können Sie uns sagen, über wie viele Flächen wir sprechen?

Als dritten Punkt: Wir müssen nicht nur in die Umsetzung kommen, die Renaturierung muss auch finanziert werden. Ohne öffentliche Förderung wird es ja nicht gehen. Wie hoch schätzen Sie den Finanzbedarf ein?

Dr. Holger Buschmann: Herr Queckemeyer, die Maßnahme im Rehdener Geestmoor halte ich für recht gut. Es ergibt sich aus meiner Sicht automatisch, dass man sich zunächst auf die landeseigenen Flächen konzentriert, weil man auf sie am einfachsten zugreifen kann. Mit Privatflächen ist es immer schwieriger, und man muss zusehen, dass man die Flächen überhaupt zusammenbekommt. Gerade bei arrondierten Flächen des Landes oder von Kommunen kann man fast sofort loslegen. Deshalb muss der Fokus auf diesen Flächen liegen. Gleichzeitig muss man die anderen Flächen vorbereiten, dort in den Dialog einsteigen und die Strategie festlegen.

Zur Landesstrategie: Aus meiner Sicht muss man parallel arbeiten. Man wird in der Landesstrategie Ziele formulieren müssen: Wo will das Land insgesamt hin? Diese Strategie bezieht sich nicht auf die Flächen vor Ort, weil so schnell auch gar keine Daten zur Torfmächtigkeit im ganzen Land vorliegen können. Würde man für die Landesstrategie auf solche Daten warten, wäre wohl die Hälfte des Torfs verloren, quasi verdunstet. Daher muss das parallel laufen. Insbesondere für die Erhebung in den Regionen, wo man sich an die Arbeit machen und die Moore bewerten will, braucht man die Daten.

Zur Frage der Finanzierung sind eben schon einige Milliarden Euro aufgerufen worden. Uns muss klar sein, dass diese Aufgabe tatsächlich so teuer werden wird. Wir begreifen nur schwer, dass wir die Natur gerade zerstören und dass wir das teuer bezahlen werden - auch mit sehr viel Geld. Es wird um Milliardenbeträge gehen, weshalb der Bund einsteigen muss. Die ANK-Mittel sind viel zu gering - gar keine Frage! Aber natürlich muss auch das Land mit einem eigenen Budget einsteigen, das wird unumgänglich sein. Diese Summen wird man nicht sofort in der Hand haben, besonders, wenn es sogar zweistellige Milliardenbeträge sein sollten. Das ist eine Aufgabe, die man peu à peu umsetzen muss - wir wissen ja, wie klamm die Haushalte sind. Aber die vor uns liegende Aufgabe ist eine entscheidende, die wir leisten müssen, für uns, aber auch für die nachfolgenden Generationen.

Abg. **Guido Pott** (SPD): Sie schlagen vor, die Renaturierung von Mooren per se als umweltverträglich einzustufen, um die Umwelt- und die FFH-Verträglichkeitsprüfung zu umgehen. Welche Zeitersparnis erwarten Sie von dieser Einstufung?

Dr. Holger Buschmann: Natürlich muss eine Prüfung stattfinden, und natürlich müssen weiterhin Kartierungen vorgenommen werden, zum Beispiel von Wiesenvögeln oder ähnlichen Arten, die bei solchen Maßnahmen betrachtet werden müssen. Wir wünschen uns kein Umgehen, vielmehr wünschen wir uns, dass kein Planfeststellungsverfahren mehr stattfinden muss, sondern ein Plangenehmigungsverfahren ausreichend ist. Das wäre eine deutliche Vereinfachung, die das Vorhaben beschleunigt und wesentlich vergünstigt. Wir tun in diesem Fall ja tatsächlich etwas für die Umwelt.

Wir haben die Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf der Bundesebene erlebt. Warum lassen sich nicht auch beim Natur- und Klimaschutz solche Dinge umsetzen, wenn sie sogar per se umweltverträglich sind?

Staatliche Moorverwaltung, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

Anwesend:

- *Michael Diekamp, Leiter der Staatlichen Moorverwaltung*

Michael Diekamp: Die vorliegenden Entschließungsanträge bilden in ihrer Gesamtheit fast das gesamte Themenfeld „Moorschutz, Klimaschutz und Naturschutz“ ab. Ich gehe zunächst auf die Schnittstellen zur Staatlichen Moorverwaltung und ihrer Arbeit ein. Außerdem lade ich Sie alle herzlich ein, sich jederzeit ein Bild vor Ort zu machen.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat:

> „Wer heute das emsländische Gebiet durchfährt, wird kaum noch an den Urzustand dieses Geländes erinnert. Asphaltstraßen, Windschutzhecken, moderne Bauernstellen, harmonisch zusammengefügte Ortskerne, saftige Wiesen, fruchtbare Äcker und demzufolge zufriedene Menschen haben ein einstmals ödes und endloses Moor in ein blühendes Agrarland verwandelt. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis dieses Gebiet, das Jahrtausende ‚geschlafen‘ hatte, aufgeweckt und zum Leben berufen wurde.“

Dieses Zitat ist einer Chronik der Staatlichen Moorverwaltung aus dem April 1986 entnommen, verfasst von meinem Vor-Vorgänger im Amt.

Dieses Zitat zeigt, wie sich die Bewertung der Kultivierung der ehemals ausgedehnten Moore in Niedersachsen im Laufe der Zeit geändert hat. Was 1950 gut und richtig war, wird heute in anderem Licht gesehen. Die Notwendigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg waren andere als heute. Darum ist es erfreulich zu sehen, dass weitgehende Einigkeit unter den Anwesenden darüber besteht, dass die kulturhistorische Leistung der Urbarmachung der Moore vorangegangener Generationen Anerkennung verdient. Dass die damalige Motivation - Verhinderung von

Hungersnöten und Schaffung von Siedlungsraum - heute nicht mehr alleine das Handeln bestimmen, weil sie keine akuten Problemlagen mehr darstellen und nachhaltig gesichert sind, dürfte ebenfalls positiv bewertet werden.

Die Staatliche Moorverwaltung ist seit Ende der 1920er-Jahre Akteurin bei der Kultivierung und befasst sich seit 1981, seit dem Start des Programms „Niedersächsische Moorlandschaften“, mit der Renaturierung landeseigener Moore, seit 2014 unter dem Dach des ArL Weser Ems. Sie hat also als Landesdienststelle den Wertewandel gegenüber den Mooren aus allernächster Nähe miterlebt.

Seitdem konnte eine einzigartige Expertise im Bereich der Biotoppflege, des praktischen Naturschutzes und der technischen Umsetzung aufgebaut werden. Diese wird jeden Tag bei der Entwicklung und dem Schutz dieser einzigartigen Lebensräume in der Praxis erprobt und optimiert.

Die landeseigenen Flächen liegen in einer vielfältig gestalteten und unterschiedlich genutzten Landschaft. Wer auf dem Land lebt, weiß sowohl, dass man sich seine Nachbarn nicht aussuchen kann, als auch, dass ein auskömmliches Miteinander essenziell ist. Darum suchen wir jederzeit den Dialog und streben einen Interessenausgleich bei unseren Projekten an. Im Ergebnis pflegen wir ausschließlich gute nachbarschaftliche Verhältnisse in unserem Umfeld und mit unseren Pächterinnen und Pächtern. Wir nutzen, wo möglich, den umfassenden Instrumentenkasten der Kolleginnen und Kollegen im ArL der Flurbereinigung oder schieben gemeinsame Projekte an, um Nutzen für alle Beteiligten zu erzielen, zum Beispiel beim Wassermengenmanagement, bei dem wir keine gegenteiligen Bedürfnisse gegenüber den landnutzenden Nachbarn verfolgen, sondern gemeinsame Interessen im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Wasser während trockener Sommermonate.

So konnten an der Grenze der Landkreise Aurich und Wittmund über 300 ha Hochmoor-Grünfläche für die Renaturierung gesichert werden, nachdem in einem Flurbereinigungsverfahren die Interessen von Privateigentum, Denkmalschutz, Wasserrecht, Natur- und Klimaschutz berücksichtigt worden sind. In einem weiteren Projekt im Landkreis Emsland konnte gezeigt werden, dass durch den kontrollierten Anstau von Grabenwasser mehr Wasser auch zur Beregnung vorhanden ist und gleichzeitig der Moorwasserkörper gestützt wird.

Um öffentliche Akzeptanz sicherzustellen, erscheint es wichtig, Missverständnissen zu begegnen und Wissensvermittlung zu betreiben. So ist Hochmoorrenaturierung nicht gleichzusetzen mit Flächenversiegelung oder dem Unterwassersetzen ganzer Landstriche. Im Gegenteil: Ein Hochmoor wird ausschließlich aus Regenwasser gespeist und ist ohne Verbindung zum Grundwasserkörper. Außerdem verfügt es über eine erhebliche Pufferfunktion und kann als Retentionsfläche dienen.

Neben den Schutz und die Entwicklung der landeseigenen Hochmoore aus Gründen des Naturschutzes ist der Klimaschutz getreten.

Exxon hat 1977 erkannt, dass Wechselwirkungen zwischen dem Ausstoß von CO_2 und der Erwärmung der Atmosphäre bestehen. Seit 1990 erscheint jährlich der IPCC-Bericht der Vereinten Nationen und mahnt an, dass Handlungsdruck besteht. Inzwischen sind die Pariser Verträge unterzeichnet und machen auch dem Land Niedersachsen klare Vorgaben zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen.

Moorschutz bzw. -wiedervernässung bedeutet effizienten Klimaschutz. Mit natürlichen Methoden ist Klimaschutz in vielerlei Hinsicht einfacher zu erreichen als mit aufwendigen technischen Verfahren, welche sich heute noch im Labormaßstab befinden. Gleichzeitig liegen im natürlichen Klimaschutz erhebliche Synergien zum Naturschutz. Beide Handlungsfelder bedingen sich gegenseitig.

Mit dem Programm Niedersächsische Moorlandschaften, den GeoBerichten 45 des LBEG sowie der kürzlich veröffentlichten Potenzialstudie „Moore in Niedersachsen“ gibt es gut geeignete Handlungsgrundlagen, die hier bereits angesprochen worden sind. Diese entbinden nicht von einer umfangreichen Prüfung des Einzelfalls, jedoch sind die Voraussetzungen und die technischen Abläufe für erfolgreiche Renaturierung bekannt.

Insbesondere die Potenzialstudie „Moore in Niedersachsen“ gibt einen guten Überblick darüber, wo es Sinn ergibt, Flächen wiederzuvernässen. Die sozioökonomischen Auswirkungen vor Ort werden stark betont. Gleichwohl sind keine neuen Daten erhoben worden, sondern es wurde vorhandenes und frei zugängliches Grundlagenmaterial verarbeitet. Das heißt, wie erwähnt, es ist angezeigt, differenziert zu prüfen.

Die Moorverwaltung verfügt über hochqualifiziertes Personal, entsprechende Spezialtechnik und hat vor allem Zugriff auf Fläche. Damit kann auf landeseigenen Flächen die berechtigterweise geforderte Vorbildfunktion erfüllt werden. Pro Jahr werden rund 200 ha Hochmoor renaturiert. Diese Zahl kann durch eine Anpassung der entsprechenden Ressourcen beliebig verändert werden. Durch die Pflege der wertvollen Offenlandlebensräume stellen wir sicher, dass die hochmoortypischen Arten der Flora und Fauna Entwicklungsmöglichkeiten finden. So entstehen fast nebenbei auch wertvolle Biotope für die Avifauna (Vogelwelt) und viele weitere. Es gilt, ein Biotop zu entwickeln, damit sich die entsprechenden Arten dort dauerhaft ansiedeln. Nicht zufällig liegt ein Großteil der landeseigenen Flächen in Vogelschutzgebieten.

So wie die Kultivierung der Moore eine Generationenaufgabe darstellte, gilt dies auch für deren Renaturierung. Es sind Geduld und Weitsicht gefragt, da sich bei einem jährlichen Wachstum der Torfmoose um 1 mm Erfolge erst langsam einstellen. Umso wichtiger ist es darum, hierbei Kontinuität und Professionalität beim Flächenmanagement sicherzustellen. In mehr als 40 Jahren Hochmoorrenaturierung haben wir gelernt, dass der erste Versuch erfolgreich sein muss, weil er der einzige ist. Hierzu sind leistungsfähige, auch behördliche Strukturen hilfreich. Eine zentrale und standardisierte landesweite Herangehensweise ohne Doppelstrukturen und zu viele Schnittstellen ist gefragt, um mehr landeseigene Hektar nass zu bekommen.

Die letzten Jahre waren von klimawandelbedingten Extremwetterlagen geprägt. Das bedeutet für alle, welche mit der Witterung arbeiten müssen, einen hohen Druck, sich an eine weite Spanne von Ausnahmesituationen, welche in dieser Häufung neu sind, anpassen zu müssen. Dies bedeutet nicht, dass die Versuche, Moore zu renaturieren, weniger Erfolgsaussichten haben. Es wird aber aufwendiger geplant und verkehrsgesichert werden müssen, um die wertvollen und einzigartigen Hochmoore sowie das Interesse daran und den Einsatz für sie auf hohem Niveau zu erhalten.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Sie sprachen die Potenzialstudie an. Sie sind außerdem verantwortlich für die staatlichen Moorflächen. Wie viele Ihrer Flächen eignen sich gemäß der Potenzialstudie zur Wiedervernässung?

Worauf ich auch hinauswill: Ist bei Flurneuordnungsverfahren auch daran gedacht, diese Flächen als „Manövriermasse“ für Projekte, mit denen Wiedervernässungsmaßnahmen umgesetzt werden sollen, wofür die Flächen der Bewirtschafter heraustauscht werden müssen, zu verwenden? Denken Sie auch über ein solches Spiel über Bande nach?

Michael Diekamp: Die Potenzialstudie basiert im Wesentlichen auf bereits vorliegenden Daten. Unsere Flächen sind etwas genauer untersucht als andere. Sie liegen vielfach in den Kulissen, die in der Potenzialstudie beschrieben werden. Dort, wo es möglich ist, werden wir diese Moorflächen wiedervernässen. Dabei setzen wir unsere Ressourcen so ein, dass wir von einfachen zu schwierigen Verfahren voranschreiten. Zurzeit sind wir in erster Linie auf den vormals industriell abgetorften Flächen aktiv; anschließend werden wir uns aufwendigeren Projekten widmen, zum Beispiel Handtorfstichen mit unebenem Relief.

Die Landesflächen in unserer Verwaltung stehen auch für Tausche, auch für Ringtausche, und solcherlei Projekte immer zur Verfügung, aber auch für Infrastrukturprojekte. Das ist schon seit Langem ein Teil unserer Aufgaben.

Amt für regionale Landesentwicklung, Geschäftsstelle Sulingen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5

Anwesend:

- Olaf Stührmann, Leiter des Dezernats Flurbereinigung und Landmanagement

Olaf Stührmann: Die beabsichtigten Ziele der Landesregierung zum Moorschutz stellen einen klassischen Landnutzungskonflikt dar. Die Potenzialstudie zeigt, dass keines der 275 Moore dem anderen gleicht. Daher sind die Wege, um die Wiedervernässung und die Reduktion von Treibhausgasemissionen zu erreichen, aus unserer Sicht nicht über einen Masterplan zu erreichen, sondern gebietsspezifisch zu finden. Das heißt, vor Ort müssen die notwendigen Maßnahmen, um das Ziel zu erreichen, mit allen relevanten Akteuren erarbeitet werden.

Immer wieder höre ich - auch bei der Vorstellung der Potenzialstudie in den Arbeitskreisen -: Lasst uns doch das Ordnungsrecht anwenden! - Das liefe auf eine Duldung von Maßnahmen hinaus. Davor möchte ich dringend warnen. Vielleicht könnte man so noch eine einzelne sprichwörtliche Schlacht gewinnen, aber bestimmt nicht den Krieg. Als Praktiker sage ich Ihnen aber, dass man so wohl auch die Schlacht verlieren würde, weil die Rahmenbedingungen viel zu komplex sind, was die Wasserwirtschaft angeht. Außerdem handelt man sich so erstens Klagen ein. Und zweitens - das ist viel wichtiger - erhält so das Ziel des Klimaschutzes ein Feindbild in der Landschaft. Und lassen Sie sich eines gesagt sein - wir haben das bei den Demonstrationen im Frühjahr gemerkt -: Nichts verbreitet sich im Land so schnell wie schlechte Nachrichten.

Am Ende sind also konsensuale Lösungen gefordert; das zeigen auch die Ämter für regionale Landesentwicklung mit ihren Projekten. Benötigen die wirklich so viel Zeit, wie wir es auch heute gehört haben? Flurbereinigungen dauern aber nicht so lange, wie viele meinen. Sicherlich kann man über das Ordnungsrecht sehr schnell zu Entscheidungen kommen. Aber daran schließen sich erfahrungsgemäß Klagen an. Sie nehmen extrem viel Zeit in Anspruch; das wissen alle hier

im Saal. Und Sie wissen: Auf hoher See und vor Gericht sind wir alle in Gottes Hand - niemand weiß wirklich, wie diese Verfahren ausgehen.

Konsensuale Lösungen hingegen haben den Vorteil, dass man mit einer breiten Zustimmung rechnen kann. Sie sind außerdem nachhaltig und vorbildhaft. In der Praxis heißt das, dass die Akteure und Betroffenen eines neuen, demnächst anlaufenden Wiedervernässungsprojekts genau auf den Prozess schauen, der an einem anderen Moor gerade durchlaufen wird und an einem dritten Moor bereits erfolgreich abgeschlossen ist. Insofern wird damit das Bett für weitere Projekte bereitet.

Wie man das Ganze gestaltet, kann die Verwaltung für Landentwicklung (NVL), also die Flurreinigungsverwaltung innerhalb der Ämter für regionale Landesentwicklung, der ich angehöre, zeigen. Im Moment werden landesweit 23 vereinfachte Flurreinigungsverfahren bearbeitet. Weitere Projekte wie das Rehdener Geestmoor und das Ochsenmoor sind abgeschlossen; dort wurden über Flurbereinigungen die Moore in öffentliche Hand übertragen. Von diesen 23 Verfahren sind allein in der Geschäftsstelle Sulingen, die ich zu verantworten habe, 9 Verfahren anhängig, weitere 8 Projekte werden in der Diepholzer Moorniederung vorbereitet.

Die originäre Aufgabe der Ämter liegt in der Flurbereinigung. Dafür haben Sie uns als Amt geschaffen. Aber das, was wir leisten, kann auch ein Vorbild für das sein, was außerhalb von Flurbereinigung für den Moorschutz geleistet werden kann. Denn unsere Flurbereinigungsverwaltung wird nur einen ganz kleinen Teil zur Lösung beitragen können. Die Verwaltung ist von ihren Ressourcen her nicht in der Lage, Flurreinigungsverfahren in der Größenordnung zu betreiben, die erforderlich wäre, um das für 2030 gesetzte Ziel, die jährlichen Treibhausgasemissionen aus kohlenstoffreichen Böden um 1,65 Mio. t zu mindern, zu erreichen. Das liegt nicht an der Laufzeit, sondern das liegt am demografischen Wandel. In meiner Geschäftsstelle habe ich innerhalb der letzten fünf Jahre zwei Drittel meines Personals verloren, ohne dass bisher ausreichend Ersatz angekommen wäre. Und so geht es sehr vielen, weil sie alle so sind, wie ich bin: über 60 Jahre alt und 45 Jahre im Dienst. Ich würde gerne für das Land weiterarbeiten; denn es macht mir Spaß - aber in fünf Jahren ist Schluss.

Was man gut von der Flurbereinigung lernen kann, ist das Prozessmanagement, das wir seit 20 Jahren haben. Bei uns besteigt niemand blind einen Zug, sondern wer sich auf die Flurbereinigung einlässt, weiß ganz genau, was es kostet und wohin es geht. Dem liegt also keine Planung zugrunde, die in Hannover oder Sulingen oder sonst wo - womöglich an den Betroffenen vorbei - gemacht worden ist. Vielmehr wird die Planung vor Ort mit einer größtmöglichen Teilhabe aller erarbeitet. Dabei sind alle gleichberechtigt. Dazu gehört eine umfassende Datenerhebung.

Heute ist es ja mehrfach deutlich geworden: Die Potenzialstudie bietet einen groben Überblick über die 275 Moore. Tatsächlich wissen wir vor Ort im Zweifelsfall nichts: Wir wissen nichts über die Moormächtigkeiten, die sehr unterschiedlich sind. Wir wissen nichts über die Vorflutverhältnisse. Wir wissen nichts über die wirtschaftlichen Bedingungen bei den Landwirten. Wir wissen nichts über die Jagd vor Ort - ein vielleicht fachlich oder sachlich gesehen zu vernachlässigender, aber emotional, was Moore angeht, sehr wichtiger Aspekt. Wir wissen auch nicht, wie die einzelnen Grundeigentümer ticken. Wir wissen nichts über die Einstellung der Kommunen und über die Bedeutung der Flächen für die Naherholung. Oder, das ist heute schon am Beispiel des Rehdener Geestmoors gesagt worden, wir wissen nichts über die Verbuschung. - Der Grund für die dortige Verbuschung ist einfach, Herr Buschmann: Da liegt immer noch der Moordamm drin;

den muss man rausnehmen, vorher kann es nicht funktionieren. - Das zeigt, wir wissen vielleicht auch nichts über die Infrastruktur. Das alles kennen wir nicht, und das muss vor Ort ermittelt werden.

All das machen wir in der Flurbereinigung im sogenannten Vorverfahren - zusammen mit den Betroffenen, wobei die Landwirte und Grundeigentümer die absolute Mehrheit der Betroffenen darstellen. Dabei nehmen wir die Kritiker mit. Nur, weil jemand kritisch ist, ist das, was er sagt, nicht notwendigerweise falsch. Und wenn er ausgeschlossen ist, bleibt er erstens kritisch. Zweitens kann man vielleicht die Planung gar nicht so anpassen, dass diese Kritik ausgeräumt wird. Das ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig! Beispielsweise waren für das Flächenmanagement für Klima und Umwelt (FKU) Lichtenmoor 17 Arbeitskreissitzungen, verteilt über mehrere Jahre, erforderlich. Das war für alle Seiten sehr anstrengend. Aber am Ende steht dabei eine konsensuale Lösung, die - jedenfalls bisher - trägt. Dort wurden gerade die Gewässerbaumaßnahmen angegangen.

Lassen Sie mich an diesem Beispiel kurz auf die Kosten eingehen. Allein dieser erste Gewässerbau kostet 1,5 Mio. Euro - und das ist noch lange nicht alles. Wir werden noch zwei weitere Gewässerbaumaßnahmen umsetzen müssen. Die Kosten, die mit der Wiedervernässung der Moore verbunden sind, sind also immens.

Das Ergebnis dieses Prozesses, für den ich werben will, ist in der Regel nie eine 100-%-Lösung. Gott sei Dank! Wenn nämlich eine Seite sagen würde, ihre Wünsche seien zu 100 % umgesetzt worden, dann impliziert das häufig auch, dass sich andere Seiten als Verlierer fühlen. Als Leiter in Sulingen bin ich sehr zufrieden, wenn ein solcher Prozess auf allen Seiten Zustimmung findet, weil die eigenen Interessen zu 75 % erreicht worden sind. Wenn jeder ein bisschen etwas zu meckern hat, dann, finde ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Man sollte nicht versuchen, das Maximum aus Sicht *eines* Belanges zu erreichen, sondern man sollte das Beste für die Region erreichen. Dann erreicht der Kompromiss für viele eben nicht 100 %. Aber wenn man bei 0 startet und mit 75 oder 80 % rausgeht, dann finde ich das super. Was nützt es, nur die 100-%-Lösung zu verfolgen und am Ende mit 0 % rauszugehen?

Was man in diesem Prozess erarbeitet, hat auf jeden Fall einen Beschleunigungseffekt. Denn die Wahrscheinlichkeit von Rechtsstreitigkeiten wird auf ein Minimum reduziert. Und da der Prozess auf eine breite Basis gestellt wurde, darf man auch erwarten, dass alle Betroffenen das Projektziel als ihr Ziel sehen und auch die Erhaltung des Zustandes, den man erreichen will, als ihre Aufgabe sehen. Es ist also nicht mehr fremd.

Ich komme jetzt auf unsere Kernkompetenz zu sprechen, die hier schon mehrfach benannten Landentwicklungsverfahren. Würde es das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren nach § 86 des Flurbereinigungsgesetzes nicht geben, müsste man es für den Moorschutz erfinden, weil damit genau das gewährleistet wird, was alle hier wollen. Erstens ermöglicht uns dieses Verfahren, die Moore wiederzuvernässen, aber gleichzeitig und zweitens ist damit sichergestellt, dass die Rechte der betroffenen Grundeigentümer uneingeschränkt gewahrt bleiben. Wir haben gar nicht die Möglichkeit, in diesem Verfahren irgendwelche Rechte zu verkürzen; denn es ist auf das Vorteilsprinzip für die betroffenen Grundeigentümer ausgerichtet. Es hat einen ganzheitlichen Planungsansatz. Die Betroffenen sind über die Teilnehmergemeinschaft und den Vorstand in den Prozess eingebunden. Geleitet wird das Verfahren wie auch das Vorverfahren durch uns als Flurbereinigungsbehörde. Das hat durchaus einen Vorteil: Wir sind neutral, wir sind keine

Partei. Wir gehen so rein, wie wir rausgehen: mit nichts. Wir wollen am Ende keine Flächen haben. Wir haben die Fachexpertise. Ich genehmige die Wege- und Gewässerpläne, treffe also auch die Entscheidung hinsichtlich der Vorflut. Wir sind auch diejenigen, die hinterher das bauen, was dort notwendig ist.

Das Ganze ist über die Moorentwicklung 3.0 - da schließe ich an den Landkreis Osnabrück an - für den Landkreis Diepholz schon vor knapp zehn Jahren auf den Weg gebracht worden. Damals hat der Landkreis entschieden, die Moore in der Diepholzer Moorniederung zu schützen - damals aus Naturschutz-, nicht aus Klimaschutzgründen, aber im Einvernehmen mit den Landwirten. Dafür wurde eine Flurbereinigung vereinbart. Hierzu finden Sie im Anhang zur schriftlichen Stellungnahme Grafiken.

Sollten wir dort die Ziele über die Moorentwicklung 3.0 erreichen, kann es zusammen mit einem ähnlichen Projekt und einer ähnlichen Vorgehensweise im Landkreis Nienburg gelingen, 10 bis 15 % des von der Landesregierung genannten Ziels, bis 2030 die jährlichen Treibhausgasemissionen um 1,65 Mio. t abzusenken, zu erreichen. Von daher können wir also einen erheblichen Beitrag leisten.

Allerdings kommen wir mittlerweile auch an den Grenzen der Möglichkeiten. Im Sulinger Moor sind wir durchaus erfolgreich, Herr Buschmann. Wir wollen im nächsten Jahr die Moorentwicklung im mittleren Wietingsmoor und im Donstorfer Moor vorantreiben. Dort haben wir die Flächenverfügbarkeit hergestellt, insgesamt 350 ha. Jetzt stehen wir aber vor dem Problem, dass wir die Maßnahmen dort nicht mehr umsetzen können, weil allein für den Erwerb dieser 350 ha rund 3,5 Mio. Euro aufzubringen waren. Den Grunderwerb haben wir getätigt, weil wir in Sulingen proaktiv Grunderwerb betreiben. Der Verband der Teilnehmergemeinschaften in Sulingen bevorratet ohne Rückgriff auf Landesmittel für 25 Mio. Euro Flächen. Wir kaufen alles, was erreichbar und geeignet ist. Die Finanzierung des Grunderwerbs ist über die Refinanzierung von GAK-Mitteln gelungen, aber nun brauchen wir 1,5 Mio. Euro für die Ausführung der anstehenden Maßnahmen: Verwallungen, Entkusselungen. Allerdings sind die 350 ha zu groß für das 1 000-Moore-Programm des Bundes, aber wiederum als Leuchtturmprojekt zu klein. Aber auch der Landkreis Diepholz kann und will es nicht stemmen. Er weist darauf hin, dass er sich seit zehn Jahren an dem Projekt beteiligt, in denen viel geleistet wurde, ohne dass er dafür bisher einen Benefit, eine Vergütung erhalten hat.

Ich komme zum Schluss. Vieles von dem, was meine Vorredner gesagt haben, trage ich mit. Ich möchte an die Ausführungen meines Kollegen der Staatlichen Moorverwaltung anknüpfen: Wenn ich einen Wunsch freihätte - ich wünsche mir keine Landesstrategie. Ich plädiere dafür, die Projekte jeweils in den Regionen zu entwickeln. Aber ich wünsche mir, an Herrn Krause vom Grünlandzentrum anschließend, eine Strategie des Landes, so etwas wie kleine Emslandpläne für die Regionen zu entwickeln. In diesen Regionalplänen könnte jede Region in ihrer ganzen Vielfalt - Wirtschaft, Landwirtschaft, Moorentwicklung, demografischer Wandel usw. - als Ganzes betrachtet werden. Von den ÄrL ausgehend, könnte man diese Pläne auch als „kleine ILEKs“ bezeichnen. Dann kriegen wir das hin.

Abg. **Dr. Frank Schmädeke** (CDU): Ich möchte auf die Zielkulissen für die Wiedervernässungen eingehen. Diese Zielkulisse ist ja in unsere weite Kulturlandschaft eingebettet. Bitte legen Sie näher dar, was es vor Ort bedeutet, wenn man auf der Grundlage einer abgegrenzten Zielkulisse in den Wasserhaushalt eingreift.

Olaf Stührmann: Mit einer abgegrenzten Zielkulisse ist unter Umständen das Risiko verbunden, dass man Belange außerhalb dieser Zielkulisse nicht ausreichend sieht und/oder bedenkt. So etwas ist uns in einem Verfahren auf einer Fläche von 1 500 ha passiert. Die Vorflutverhältnisse schienen geregelt, aber wir haben die Wasserverhältnisse nicht über die Grenzen des Projekts hinaus betrachtet. Am Ende sollte die Wasserführung in einem Gewässer um 3 cm erhöht werden. Das führte zum Protest der Außenanlieger. In einer sehr ebenen Region wie der Diepholzer Moorniederung können 3 cm über Wohl und Wehe bei Hochwasserereignissen entscheiden - das haben wir beim Weihnachtshochwasser 2023/2024 erlebt: Der letzte Tropfen bringt das Fass zum Überlaufen. Infolgedessen haben wir danach deutlich großräumiger geplant.

Daraus haben wir die Lehre gezogen, großräumig zu denken. Man darf nicht nur das Kerngebiet sehen. Man muss auch darüber hinaus gehen. Und das gilt nicht nur in landwirtschaftlicher Hinsicht - denn die Bewirtschafter im Kerngebiet trifft man meist auch außerhalb an -, sondern auch in wasserwirtschaftlicher Weise. Aber auch die Infrastruktur darf nicht vergessen werden; ich hatte bereits den Moordamm im Rehdener Geestmoor erwähnt, über den ein Ortsverbindungsweg verläuft. Wenn man da zu einer Lösung kommen will, muss man den Weg um das Moor herumführen. Es muss also auf jeden Fall großräumig gedacht werden.

Industrieverband Garten (IVG) e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3

Anwesend:

- Philip Testroet, Leiter des Referats Gartenbau und Umwelt

Philip Testroet: Der Industrieverband Garten setzt sich bundesweit für die Belange von Industrieunternehmen ein, die für den Gartenbau produzieren - sei es für den Hobbygarten- oder für den Profigartenbau, auch für den Erwerbsgartenbau.

Ich möchte zu den wichtigsten Punkten unserer Stellungnahme vortragen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich der Landtag so ausgiebig mit dem Themenkomplex Moor, Moorschutz, Moorbodenschutz befasst. Allen vier Anträgen ist gemein, dass eine gesamtgesellschaftliche und einvernehmliche Lösung gesucht wird und die Partizipation der Stakeholder nach vorne gestellt wird. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir hätten uns ein solches Vorgehen vonseiten des Landes auch beim Torfabbauverbot gewünscht.

Ich kann all meinen Vorrednern nur zustimmen, besonders auch Herrn Dr. Buschmann vom NABU. Das alles sind Punkte, bei denen auch wir mitgehen würden, wenn man sich nur endlich mal an einen runden Tisch setzen würde.

Mein Vorredner hat zu einer Landesstrategie ausgeführt, die aufgestellt und anschließend in den Regionen zusammen mit den Leuten vor Ort ausdifferenziert werden sollte. Auf diesem Weg würden wir vorankommen.

Lassen Sie mich nun kurz auf die vier Anträge eingehen.

Der erste Antrag der CDU in der Drucksache 19/2709 („Klimaschutz durch Moorbodenschutz …“) wirft ja auch die Frage auf, ob die aktuelle Politik Carbon-Leakage-Effekte verursacht, womit CO_2-Emissionen in andere Länder verlagert werden. Ja, ganz klar, das ist der Fall. Sie wissen um die Bedeutung der Substrat- und Torfindustrie in Niedersachsen; hier ist diese Branche noch stark vertreten und bietet auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Der gesamte Gartenbau ist auf den Rohstoff Torf angewiesen; man kann ihn nicht in dem Maße bzw. so schnell ersetzen, wie es politisch an mancher Stelle gewünscht ist.

Im Jahr 2025 werden nur noch 1,5 Mio. m³ Torf in Niedersachsen abgebaut. Für die Substratindustrie in Deutschland werden aber 6 Mio. m³ benötigt. Das heißt, die gesamten Mengen, die nicht hier abgebaut werden, werden importiert: vor allem aus dem Baltikum, aber auch aus Skandinavien. Wir haben es also mit Carbon Leakage zu tun! Die Emissionen werden dem Land zugerechnet, wo der Torf abgebaut wird. Niedersachsen wäscht sich also quasi die Weste rein und exportiert diese Emissionen folglich.

Wir plädieren dafür, dass die erforderlichen Torfmengen hier gewonnen werden, und zwar auf der Grundlage eines gesamtgesellschaftlichen Konzepts, das von allen Beteiligten getragen wird und das naturverträglich ist. In dieser Form wird schon jetzt Torf gefördert; dazu gehört die Wiedervernässung und alles Weitere, was die Industrie jetzt schon erbringt.

Wie gesagt, der Rohstoff Torf ist in der Menge, wie er aktuell eingesetzt wird, unersetzbar. Der Champignonanbau funktioniert nicht ohne Torf, auch der Gartenbau produziert nicht ohne Torf. Bereits jetzt wird der Torfeinsatz immer weiter reduziert: Er wurde bereits von 8 bis 9 Mio. m³ je Jahr auf 6 Mio. m³ reduziert, und die Reduktion geht immer weiter. Die Torfreduktion schreitet mit großen Schritten voran. Aber Torf wird wahrscheinlich noch bis zur Mitte des Jahrhunderts benötigt; wahrscheinlich wird es erst dann gelingen, den Gartenbau vollständig umzustellen. Wohl erst dann werden alle damit klarkommen. Denn es kann ja nicht das Ziel sein, dass die Industrie abwandert, was zum nächsten Carbon Leakage führen würde. Wenn wir unsere Gemüse selbst nicht mehr herstellen, dann kommen sie womöglich aus China und werden dort mit Torf angebaut, wenn hier die Wettbewerbsfähigkeit für den Gartenbau, für die Substratunternehmen und für die ganze Branche nicht gewährleistet ist.

Unter der Nr. 9 des Antrags geht es um die Frage, ob Moorbodenschutzmaßnahmen Carbon Leakage zur Folge haben können. An dieser Stelle möchte ich bekräftigen, was Herr Buschmann zu den bestehenden Mächtigkeiten des Torfkörpers sagte: Es wäre wirklich sehr wichtig, herauszufinden, wie groß der Speicher noch ist. Daraus lassen sich wiederum Rückschlüsse ziehen, in welcher Menge noch Treibhausgase den Moorböden entweichen können. Wahrscheinlich wird da sehr viel mehr angenommen, als eigentlich noch vorhanden ist.

Was die Torfvorkommen angeht, für die eine Abbaugenehmigung vorliegt, wissen wir nach einer Befragung unserer Mitglieder sehr genau Bescheid. In diesen Vorkommen sind nur noch 9 Mio. m³ vorhanden, die in den nächsten zehn Jahren nach und nach abgebaut werden. Bei dieser Menge handelt es sich aber eigentlich nur um den Bedarf von eineinhalb Jahren. Der gesamte Rest wird schon jetzt aus anderen Ländern importiert.

Damit kommen wir zum nächsten Antrag der CDU, zu Drucksache 19/2710 („Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen …“). Darin geht es um die Wertschöpfung. Wir begrüßen den auch dort gewählten, sehr umfassenden Ansatz. Wir haben in unserer Stellungnahme das NABU-

IVG-Konzept erwähnt, das wir schon im Jahr 2014 gemeinsam erstellt haben. Darin geht es auch um die Moorsanierung, wozu zählt, den Oberboden abzuschieben, den man nicht mehr braucht, und in der Substratindustrie zu verwenden. Ferner ist darin vorgesehen, für jede Fläche, die man verwendet, auch noch eine zusätzliche Klimakompensation durchzuführen, indem man Flächen saniert - privat, auf Kosten der Industrie -, die nicht abgebaut werden.

Auch das entfällt jetzt mit dem Torfabbauverbot. Und anderswo handelt die Industrie eben nicht so wie hier. Auch da ist der NABU mittlerweile weiter. Herr Buschmann hat das Projekt im Ahlen-Falkenberger Moor angesprochen. Es umfasst 200 ha und sieht die Wiedervernässung und Sanierung vor. Dort entsteht ein Naturschutzgebiet. Er hatte, meine ich, nicht erwähnt, dass dieses Projekt über den von der REWE mit initiierten NABU-Klimafonds komplett privat finanziert wird. Die REWE-Group finanziert das letztendlich. Dieses Projekt ist ein rein privates Vorhaben, zu dem die Landesregierung nichts beigetragen hat. Man muss sich nur mal vorstellen, wie weit man käme, wenn die Landesregierung bei der Wiedervernässung unterstützen würde.

Was ebenfalls nur wenig bekannt ist: Bei diesem Projekt wirkt ein Mitglied unseres Verbands mit, ein Substratunternehmen. Denn irgendjemand muss diese Maßnahmen ja umsetzen und das Know-how, die Maschinen und das Personal bereitstellen, um die Wiedervernässung auch in den Maßstäben, in denen wir sie brauchen, umzusetzen. An der Stelle könnte die Torf- und Substratindustrie ein großer Partner sein, den man auf diesem Weg mitnehmen müsste. Das Projekt im Ahlen-Falkenberger Moor zeigt gut, wie man bei solchen Projekten vorgehen muss. Das gilt auch für das spätere Animpfen mit Torfmoosen; auch das übernimmt das Substratunternehmen. Es produziert die benötigten Torfmoosmengen vor, bringt sie dorthin und impft die Flächen; denn die Wiedervernässung ist nicht einfach die Überstauung mit Wasser, indem man die Drainage und die Dämme schließt. Vielmehr steht dahinter ein großer, großer Aufwand, der viel Geld und Zeit kostet. Die Torfindustrie verfügt für diese Arbeiten seit den 1980er-Jahren über Know-how. Damals wurde das Landesmoorschutzprogramm aufgelegt, und seitdem besteht die Pflicht, Torfabbauflächen zu renaturieren. Die Torfindustrie hat schon 30 000 ha auf diese Weise wiedervernässt. Dieses Know-how könnte auch für den Moorbodenschutz genutzt werden.

Ich darf noch auf das Verbot der Erteilung neuer Abbaugenehmigungen eingehen. Wenn man daraus ableitet, dass bereits dadurch 3 oder 4 Mio. t CO_2-Emissionen eingespart würden, dann verdreht man im Endeffekt die Zahlen; denn der noch benötigte Torf wird anderswo abgebaut. Man wird die niedersächsischen Emissionsminderungsziele also nicht durch ein reines Verbot des Torfabbaus erreichen. Vielmehr müssen die Flächen, wie das hier alle Stakeholder gesagt haben, großflächig wiedervernässt werden - und das erfolgt bisher hauptsächlich privat.

Der dritte Antrag stammt von den regierungstragenden Fraktionen, das ist die Drucksache 19/3658. Auch darin wurde ein von einem gemeinsamen Vorgehen geprägter Ansatz gewählt, was wir begrüßen. Wir stehen für entsprechende Gespräche bereit; das haben wir den Ministerinnen und Ministern schon angeboten.

Ein kompletter Torfausstieg ist erst einmal nicht möglich. Deshalb müssen wir prüfen und planen, wie wir diese Übergangszeit managen. Wir bieten uns dafür als Stakeholder und als Partner an, um verschiedene Win-win-Situationen zu erzeugen. Die Industrie muss irgendwie am Leben gehalten werden. Irgendjemand muss die Steuern zahlen - auch, damit wir am Ende das Geld

haben, um sich den Naturschutz, die Wiedervernässung leisten zu können. Wir haben eben gehört, was das alles kosten wird.

Abschließend zum vierten Antrag, also zum Kranich-Antrag der AfD in der Drucksache 19/2702. Er ist sehr naturschutzfachlich geprägt, weshalb wir uns dazu leider nicht so ausgiebig äußern können. In diesem Bereich liegt kein Schwerpunkt unserer Expertise. Wir haben gehört, dass die Maßnahmen schon erfolgen; das ist sicherlich gut. Aber auch dieses Thema sollte unserer Meinung nach nicht so kleinteilig behandelt werden, sondern eher im Großen und Ganzen, also in einer Strategie. Natürlich muss man auch über diesen Aspekt nachdenken.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Ich habe eine Frage zur Einführung der Torfersatzstoffe, auf die Sie schon eingegangen sind: Dabei ist zwischen dem Hobby- bzw. Privat- und dem Profigartenbau zu unterscheiden. Können Sie eine zeitliche Abschätzung geben, wann im Bereich des Erwerbsgartenbaus vollständig auf Torf verzichtet werden kann? Kürzlich haben wir uns auf einer Exkursion Holzschaum als Torfersatzstoff beschäftigt. Haben Sie dazu nähere Informationen?

Philip Testroet: Diese Frage hat zwei Aspekte.

Zunächst zu den Torfersatzstoffen und deren Einsatz: Als Ersatzstoffe werden vor allem Holzfasern - Rindenhumus und Kompost - verwendet. Darüber hinaus liegen immer mehr Forschungsergebnisse zu neuen Ersatzstoffen vor. Hier sind erstens Produkte aus der Paludikultur zu nennen, die sich bislang für die Landwirtschaft leider noch nicht wirklich rechnet. Aber wenn in Paludikulturen zum Beispiel Torfmoose, also Sphagnum, im riesigen Maßstab angebaut werden könnten, dann stünde ein wichtiger Rohstoff zur Verfügung, den wir als Torfersatzstoff einsetzen könnten; denn der in den entsprechenden Qualitäten zur Verfügung stehende Grüngutkompost und die Holzfasern reichen bei Weitem nicht aus, um Torf vollständig zu ersetzen.

Torf zu ersetzen, ist im Hobbybereich natürlich einfacher. Da sind wir sehr viel weiter als im Profibereich. Nur noch 43 % der Substratmenge in den Hobbyerden ist Torf. Das wird immer weniger. Unser Ziel ist es, dort bis zum Jahr 2030 auf 30 % herunterzukommen.

Aber natürlich muss man auch sehen: Jeder Kubikmeter Holzfaser, der im Hobbybereich als Ersatzstoff genutzt wird, fehlt im Profibereich - das sind letztlich kommunizierende Röhren, die man nicht voneinander trennen kann. Beim Erwerbsgartenbau muss man sehr viel vorsichtiger und sehr viel langsamer mit den Unternehmen vorgehen; sie müssen da herangeführt werden. Es gibt viele tolle Projekte, die hierbei kostenfreie Unterstützung bieten. Es gibt hierzu auch viele Forschungsprojekte, die vom Bund über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) getragen werden. Das läuft also, aber es wird eben noch seine Zeit dauern.

In den Niederlanden ist man da schon sehr viel weiter. Dort gibt es einen Pakt zwischen der Branche und der Regierung, wie man die Torfreduktion voranbringt. Dort besteht das Ziel, im Erwerbsgartenbaubereich den Torfanteil an den Substraten bis 2045 weitgehend zu reduzieren, also zur Mitte des Jahrhunderts. Bei uns gibt es dazu keine genaue Vorhersage. Der Bund möchte das bis 2030 erreichen, aber das ist utopisch.

Zweitens zum Holzschaum. Er wird von der Firma Stender, einem unserer Mitglieder, entwickelt. Dafür wird Nadelholz verarbeitet, das wir hier in Zukunft vielleicht nicht mehr in großen Mengen haben, aber es kann ja auch aus Skandinavien importiert werden. Das Holz wird bei der Firma Stender in Papenburg zu Holzschaum verarbeitet, wobei ein sehr interessantes, übrigens auch

patentiertes Verfahren zum Einsatz kommt. Dieses Produkt wird uns allerdings erst ab 2028 helfen, wenn das Werk fertig ist. Erst dann wird umfangreich untersucht, ob das gartenbaulich so gut ist, wie es jetzt erwartet wird. Das ist also, genauso wie das Torfmoos aus Sphagnum-Farming, Zukunftsmusik. Wir brauchen einfach noch die Zeit bis zur Mitte des Jahrhunderts, um sämtlichen Torf zu ersetzen.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU): Sie hatten in Ihrer Stellungnahme auch das Thema angesprochen, dass im Zusammenhang mit dem Torfabbauverbot auch die Kompensationsverpflichtungen der Unternehmen nicht mehr gegeben sind. Ihre Stellungnahme macht aber auch deutlich, dass Ihre Unternehmen im Grunde Renaturierungsexperten sind. Könnten Sie dazu noch ausführen, wie auch die Unternehmen möglicherweise als Partner mit in die Renaturierung genommen werden könnten?

Philip Testroet: Gerne stelle ich das etwas vertieft dar. Ein Beispiel dafür ist das Ahlen-Falkenberger Moor. Es gibt aber noch viele weitere Projekte, an denen die Torfindustrie beteiligt ist. Sie bringt ihren Maschinenpark, ihr Personal und ihr Know-how ein, um die Flächen herzurichten; denn sie müssen planiert werden, damit sich das Wasser überall und gleichmäßig verteilen kann. Außerdem sind die Drainagen und die Wälle zu schließen. Bei diesen Arbeiten fällt auch einiges an landwirtschaftlichem Oberbodenmaterial an, das man nicht in die Drainagen einbringen und nicht auf die Wälle aufbringen kann. Dieses Bodenmaterial kann man durchaus ins Substratwerk fahren, wo es gedämpft und aufbereitet wird, sodass man das Material für Blumenerde nutzen kann. Das hilft dann sogar, an anderer Stelle Torf einzusparen. Auch daraus ergäbe sich also eine Emissionsminderung.

Aber das Ende des Torfabbaus ist natürlich auch ein großer Einschnitt für die Unternehmen. Sie hatten ja zuvor noch Flächen erworben, auf denen sie auf der Grundlage neuer Torfabbaugenehmigungen Torf abbauen wollten. Das ist nun nicht mehr möglich. Die Flächen haben dadurch enorm an Wert verloren. Das ist sicherlich auch eine Frage für die Gerichte.

***